



Deutscher Bundestag

1. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nichtöffentlich

Stenografisches Protokoll der 36. Sitzung - endgültige Fassung* -

1. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 11. Mai 2023, 12.00 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Saal 2.300
Konrad-Adenauer-Straße 1, 10557 Berlin

Vorsitz: Dr. Ralf Stegner, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Beweisaufnahme

Einzigiger Tagesordnungspunkt

Seite

Zeugenvernehmung

OTL F **B**

Siehe Stenogr. Protokoll 20/36 I

Referent im Referat „Militärpolitik und Einsatz
Region Asien, Ozeanien und Amerika“ des BMVg
(Beweisbeschluss Z-33)

Dr. S. R.

3

Leiter des Referates „Auswertung AFG und PAK“ des BND
(Beweisbeschluss Z-37)

Zeugenvernehmung Geheim siehe
Stenogr. Protokoll 20/36 III



Nichtöffentlich



Nichtöffentlich

(Beginn des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung, Nicht-
öffentlich: 17.17 Uhr)

Vernehmung des Zeugen Dr. S. R.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich freue mich, dass wir alle den Weg gefunden haben, und wir setzen nunmehr die Beweisaufnahme mit der nichtöffentlichen Vernehmung des Zeugen Dr. S. R. fort.

Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. Herr Dr. R., Sie haben den Erhalt der Ladung am 25. April 2023 bestätigt. Ich heiße Sie herzlich willkommen und bedanke mich, dass Sie dem Ausschuss als Zeuge zur Verfügung stehen.

Neben Ihnen hat Ihr Rechtsbeistand, Herr Rechtsanwalt Dr. Wolfram Hertel, Platz genommen. Herr Dr. Hertel, ich darf auch Sie herzlich willkommen heißen. Wie Sie sicherlich wissen, dürfen Sie den Zeugen beraten; Sie haben jedoch kein eigenes Rede- und Fragerecht. Insbesondere dürfen Sie Ihrem Mandanten während seiner Aussage auch keine inhaltlichen Hinweise geben. Gegebenenfalls können Sie oder Ihr Mandant eine kurze Unterbrechung zum Zweck der Beratung beantragen. - Haben Sie dazu Fragen?

(RA Dr. Wolfram Hertel
schüttelt den Kopf)

Herr Dr. R., zunächst bin ich gehalten, Sie über Ihre Rechte und Pflichten als Zeuge aufzuklären. Das mache ich bei allen Zeugen, also ist auch bei allen der Wortlaut gleichermaßen unfreundlich, wie das im Gesetzesdeutsch formuliert ist.

Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge vor einem Untersuchungsausschuss sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Das heißt, Sie müssen richtige und vollständige Angaben machen, dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Wer vor einem Untersuchungsausschuss vorsätzlich falsche Angaben macht, kann sich nach § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches strafbar machen. Solch eine

uneidliche Falschaussage kann eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren nach sich ziehen.

Auf bestimmte Fragen dürfen Sie allerdings die Auskunft verweigern. Das gilt zum einen für Fragen, deren Beantwortung Sie oder einen Ihrer Angehörigen der Gefahr zuziehen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Das können Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit sein, aber auch Disziplinar- oder berufsgerichtliche Verfahren.

Darüber hinaus dürfen sogenannte Berufsgeheimnisträger und ihre Gehilfen grundsätzlich die Auskunft in Bezug auf Dinge verweigern, die ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut oder bekannt geworden sind.

Haben Sie dazu Fragen?

Zeuge Dr. S. R.: Herr Vorsitzender, habe ich nicht. - Danke schön.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann möchte ich Sie darauf hinweisen, dass eine Tonaufnahme gefertigt wird, um die Protokollierung der Sitzung zu erleichtern. Deshalb ist es sehr wichtig, dass Sie Ihr Mikrofon einschalten, wenn Sie das Wort ergreifen, und auch laut sprechen. Die Aufnahme wird nach Abschluss der Protokollerstellung gelöscht. Das Protokoll wird Ihnen vor seiner endgültigen Fertigstellung übersandt.

Wir sind zwar hier in einem abhörgeschützten Sitzungssaal. Der Ausschuss hat sich jedoch darauf geeinigt, für Ihre Vernehmung zunächst nur die Öffentlichkeit auszuschließen, aber die Sitzung vorerst nicht mit einem Geheimhaltungsgrad zu versehen; das hängt ja zusammen mit Ihrer Tätigkeit. Sollten Sie daher während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren Kenntnis durch Unbefugte die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährden würde, bitte ich um einen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu beschließen;



Nichtöffentlich

aber auch dieses ist sozusagen die Ausnahme und nicht die Regel.

Haben Sie zu diesen Hinweisen Fragen?

Zeuge Dr. S. R.: Habe ich nicht, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann komme ich nun zum Ablauf der Vernehmung. Ich werde Sie eingangs kurz zu Ihrer Person befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, wenn Sie das wünschen. Anschließend werden Sie von den Mitgliedern des Ausschusses befragt. Die Fragezeit richtet sich nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen. Das ist hier eingeübte Praxis.

Ich darf Sie nun bitten, sich dem Ausschuss zu Beginn Ihrer Ausführungen mit Ihrem Namen, Ihrem Alter - nicht etwa Ihrem Geburtsdatum -, Ihrem Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen. In Ihrem Fall genügen die Initialen sowie die Anschrift Ihrer Dienststelle, über die wir Sie erreichen.

Zeuge Dr. S. R.: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Meine Damen und Herren! Mein Name ist S. R., ich bin 56 Jahre alt und war im Untersuchungszeitraum Leiter der „Auswertung Afghanistan/Pakistan“ im Bundesnachrichtendienst hier in Berlin, über den ich auch geladen worden bin und auch zu erreichen bin.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Und Ihr Alter?

Zeuge Dr. S. R.: 56.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ach so, das hatte ich akustisch nicht verstanden. - Und Sie sind Herr Dr. S. R., damit wir die akademischen Titel nicht unterschlagen. Da, wo wir sie haben, wollen wir sie auch verwenden, ne?

Zeuge Dr. S. R.: Das ist richtig.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das gilt ja heute: Wenn man sie ordentlich erworben hat, dann darf man sie auch tragen.

Zeuge Dr. S. R.: Das habe ich, ja.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sehen Sie, da haben wir schon was erkundet, was gar nicht - -

(Heiterkeit)

Vielen Dank. - Sie können, wenn Sie das wünschen, nunmehr im Zusammenhang darlegen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist.

Zeuge Dr. S. R.: Als Leiter der „Auswertung Afghanistan/Pakistan“ im BND im Untersuchungszeitraum, der ich seit dem 15. August 2019 war, kann ich sagen, dass mein Bereich seit 2018 die Bundesregierung auf die fortschreitende Erosion der afghanischen Sicherheits- und Verteidigungskräfte hingewiesen hat, auch über den Vormarsch der Taliban, das fortschreitende Raumgreifen durch die Taliban in Afghanistan.

Seit Frühjahr 2021 haben wir darauf hingewiesen, dass alle deutschen Ortskräfte grundsätzlich spätestens mit dem Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan gefährdet sind. Wir haben seit Ende 2020 der Bundesregierung berichtet, dass nach unserer Einschätzung die vollständige Übernahme der Macht in Afghanistan das wahrscheinlichste Szenario nach dem Abzug der internationalen Gemeinschaft ist. Was wir nicht für wahrscheinlich gehalten haben, wenn auch am Ende durchaus für möglich, ist die Geschwindigkeit, mit der diese Machtübernahme dann vonstattengegangen ist. Meine Leute, mein Fachbereich, und ich befassen uns noch heute mit der Frage, ob wir das so hätten sehen müssen. - Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Die Mitglieder des Ausschusses haben nunmehr die Möglichkeit, Fragen an Sie zu richten. Wenn Ihnen Vorhalte aus Akten gemacht werden, wird Ihnen der Fragesteller oder die Fragestellerin das auf Wunsch vorlegen. Es wird jeweils zuerst die



Nichtöffentlich

MAT-Nummer genannt, damit alle das rechtzeitig finden können.

Dann beginnen wir mit der Fragerunde, und als Erstes kommt die SPD-Fraktion und der Kollege Jörg Nürnberger.

Jörg Nürnberger (SPD): Auch von meiner Seite grüß Gott, Herr Zeuge! Schön, Sie wiederzusehen. - Ich möchte an Ihr Eingangsstatement kurz anschließen. Ist es richtig, dass Sie während des gesamten Untersuchungszeitraums - so habe ich Sie jedenfalls verstanden - Leiter des Referats LBA beim Bundesnachrichtendienst waren?

Zeuge Dr. S. R.: Das ist zutreffend, ja.

Jörg Nürnberger (SPD): Gut. - Die beiden Leiter der Sachgebiete LBAE und LBAA haben wir bereits in früheren Sitzungen vernommen. Ich bitte Sie an der Stelle, noch einmal aus Sicht des Referatsleiters den Aufbau und die Arbeitsweise des Referates dem Untersuchungsausschuss zu schildern.

Zeuge Dr. S. R.: Da muss ich mich kurz beraten mit meinem Rechtsbeistand, ob ich das - -

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

- Gut. Das darf ich; dann werde ich das tun.

Mein Referat bestand im Untersuchungszeitraum aus drei Sachgebieten. Das eine hatte keinen direkten Bezug zum Untersuchungsgegenstand; das war „Auswertung Pakistan - das kann ich so weit sagen - Politik, Wirtschaft, Militär, Sicherheitslage“. Die beiden anderen Sachgebiete LBAA und LBAE befassten sich in der Tat mit Afghanistan: das Sachgebiet LBAA mit Politik und wirtschaftlicher Lage, auch Binnenmigration - das gehörte zum Untersuchungszeitraum, mit zur wirtschaftlichen Lage -, während sich das Sachgebiet LBAE mit der Sicherheitslage in Afghanistan, mit den afghanischen Sicherheits- und Verteidigungskräften und auch mit der Gegenseite, mit der bewaffneten Opposition, aber eben auch mit der politischen Führung der Taliban befasste.

Wir waren ein Bereich der Auswertung. Das heißt, in unserem Bereich läuft das gesamte Material, lief das gesamte eingehende nachrichtendienstliche Material ein, wurde gesichtet durch mehrere Personen, wurde täglich diskutiert mit dem Ziel, zu analysieren und daraus zu Erkenntnissen zu kommen, so wie es das BND-Gesetz ja auch fordert, und das der Bundesregierung zu berichten - in der Regel in schriftlicher Form, ab und zu auch in mündlicher Form - genauso wie Abgeordneten des Deutschen Bundestages, und das haben wir getan.

Jörg Nürnberger (SPD): Danke sehr. - Nachdem Sie nun der Leiter dieses Referats waren, können Sie mir Ihre speziellen Aufgaben als Leiter des Referats darstellen? Koordination, Aufsicht, Vorbereitung der weiterzugebenden Produkte? Welche Stichworte würden Sie anführen?

Zeuge Dr. S. R.: Ich bin grundsätzlich verantwortlich für die Personalführung im gesamten Referat, wobei meine Philosophie ist: Ich führe in erster Linie die Führer und greife nicht in die Führung der einzelnen Sachgebiete ein. Was aber auch meine gute Praxis war: dass ich trotzdem täglichen Kontakt habe mit meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Ich bin verantwortlich für die gesamte Berichterstattung des Referates und zeichne sie auch, habe sie gezeichnet. Meine Unterschrift findet sich unter allen Produkten, wenn eine Unterschrift erforderlich war. Jedenfalls ist vorher eine Freigabe durch mich erforderlich - natürlich nicht, wenn ich nicht da bin, dann wurde ich vertreten; aber die Verantwortung obliegt mir. Wir hatten im Frühjahr 2021 einen Leitungsvorbehalt durch die Leitung von April bis September.

Gleichwohl bin ich derjenige, der die Richtlinien, der die Richtung der Auswertung bestimmt, auf sachliche Richtigkeit prüft, auf Plausibilität prüft und der auch hinterfragt. Und ich bin auch dafür zuständig, welche Berichterstattungsthemen identifiziert werden in einer strategischen Betrachtungsweise, wobei ich auch immer auf die Kreativität und das Engagement meiner Leute



Nichtöffentlich

setze und auch setzen konnte im Untersuchungszeitraum.

Jörg Nürnberger (SPD): Sie haben gerade in Ihrer Aussage angeführt, dass Sie eine Plausibilitätsprüfung durchgeführt haben. Wären Sie oder waren Sie zusätzlich dazu in der Lage, auch aus eigenem Wissen, Sachverstand, Erfahrungswerten die Ergebnisse der Aufklärung zu bewerten oder zumindest zu hinterfragen, und haben Sie das auch getan?

Zeuge Dr. S. R.: Ja, das war ich. Natürlich bin ich - - Ich bin keine Führungskraft, die immer meint, sie weiß es besser als die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Aber die Plausibilität, die lasse ich mir schon erklären, stelle Rückfragen, bitte um Ergänzungen, um weitere Ausführungen, und ich habe auch schon Berichterstattung gestoppt, wenn sie mir nicht plausibel erschien. Diese grundsätzliche auswerterische Erfahrung habe ich, auch die Erfahrung mit dem Land und der Materie. Ja, also das ist in der Tat erfolgt. Und ich habe auch ständig hinterfragt und möchte aber auch, dass ich hinterfragt werde. Das habe ich auch immer verschiedentlich, an verschiedener Stelle gesagt, dass wir uns gegenseitig hinterfragen müssen.

Jörg Nürnberger (SPD): Was ja durchaus, wenn Sie als Nachrichtendienst so quasi immer in die Zukunft schauen sollen und Ereignisse vorhersehen oder die Wahrscheinlichkeit des Eintritts von Ereignissen bewerten sollen, Sie natürlich auch notwendigerweise so tun müssen.

Sie haben vorhin angeführt, dass Ihre Berichte - oder Sie haben es auch „Produkte“ genannt - dann von Ihren Bedarfsträgern abgenommen wurden. Können Sie mir darstellen, ob die Bedarfsträger dann auch konkrete Rückmeldungen zu Inhalten Ihrer Produkte an Sie weitergeleitet oder zurückgeleitet haben? Und wenn es tatsächlich der Fall gewesen sein sollte, wie darf ich mir das vorstellen? Was kam da von den Bedarfsträgern? Ich nehme an, Auswärtiges Amt, Bundeskanzleramt, wer auch immer in den Regierungsbehörden da Empfänger gewesen sein mag.

Zeuge Dr. S. R.: Dieses Feedback, wenn ich das so nennen darf, das kam bei uns direkt an, insbesondere im persönlichen Austausch. Wir hatten einen regelmäßigen Austausch - teilweise auch täglich auf Arbeitsebene, aber auch auf meiner Ebene der Referatsführung - mit den Vertretern vor allen Dingen in dem zuständigen Fachbereich des Auswärtigen Amtes. Es gab auch Treffen mit den Kolleginnen und Kollegen des Bundesverteidigungsministeriums, des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Und dort gab es sowohl ein Feedback zu unserer Berichterstattung als auch Wünsche für künftige Berichterstattungen, die ich oder einer meiner Vertreter dann auch gerne gespiegelt haben an unsere Leute.

Daneben gab es das Ganze dann natürlich auch, wenn unsere Leitung berichtet hat. In der sogenannten Nachrichtendienstlichen Lage gab es ein Feedback von der Leitung an uns, sodass wir dieses Feedback zwar informell, aber durchaus hatten, ja.

Jörg Nürnberger (SPD): Gab es von der Seite der politischen Leitung Ihres Hauses, dem Sie zugeordnet sind, zu irgendeinem Zeitpunkt politischen Einfluss auf die Inhalte und die Ergebnisse Ihrer Berichterstattung zu Afghanistan? Hatten Sie den Eindruck, dass man auf Sie politisch Einfluss nehmen möchte, auf Ihre Arbeit?

Zeuge Dr. S. R.: Nein, den Eindruck hatte ich nicht. Das hätten wir uns auch nicht sagen lassen.

Jörg Nürnberger (SPD): Ohne Kommentar. - Zur Aufgabenerfüllung waren Sie natürlich darauf angewiesen, dass Sie ausreichend Personal zur Verfügung hatten. Haben Sie während dieses Untersuchungszeitraums, auf den sich unser Ausschuss bezieht, zu irgendeinem Zeitpunkt den Eindruck gehabt, es war nicht ausreichend Personal vorhanden? Und falls Sie diese Frage mit Ja beantworten, wie haben Sie darauf reagiert und wie wurde vielleicht dieser Situation dann abgeholfen?

Zeuge Dr. S. R.: Es war ausreichend Personal vorhanden, gleichwohl haben wir hingewiesen auf



Nichtöffentlich

Personalbedarf. Aber es war insgesamt ausreichend Personal vorhanden.

Jörg Nürnberger (SPD): Gab es dann, wenn ich mir das auf der Zeitachse unseres Untersuchungszeitraums anschau, ein regelmäßiges - von der Quantität und Qualität her - Aufkommen von Informationen, die Sie verarbeitet haben in Ihre Berichte, in Ihre Produkte? Oder kann ich mir das auch so vorstellen, dass es zu gewissen Zeitpunkten so Belastungsspitzen gab, wo vielleicht das Aufkommen extrem hoch war und deswegen die Arbeit in der Auswertung noch größere Ansprüche an die Mitarbeiter gestellt hat als vielleicht zu normalen Betriebsumfängen?

Zeuge Dr. S. R.: Ich schaue auf meinen Rechtsbeistand. - Gut. In allgemeiner Form ist es so, dass einige wenige Monate nach meinem Dienstantritt als Referatsleiter die Pandemie eintrat, die unsere beschaffenden Bereiche hemmte, und dadurch auch das Aufkommen zurückging. Wir hatten ein befriedigendes, mindestens ausreichendes Aufkommen; aber es wurde eben beeinträchtigt durch die Pandemie und dann im Frühjahr 2021 nach dem Abzug oder schon im Vorfeld des Abzugs der Bundeswehr aus Afghanistan.

Jörg Nürnberger (SPD): Nur für mich zum Verständnis, ob ich Sie auch richtig - - tatsächlich jetzt die richtigen Informationen ableite. Während der Pandemiezeit war der Arbeitsumfang eher geringer, weil das Aufkommen geringer war, und ab 21 ging es dann wieder intensiver weiter.

Zeuge Dr. S. R.: Das waren Wellenbewegungen in der Pandemie. Wir hatten im Frühjahr 2021 Einschränkungen im Aufkommen. Wir hatten allerdings - - Wir hatten auch Einschränkungen, was Fachgespräche, Austausch mit nationalen und internationalen Partnern angeht, aufgrund der pandemiebedingten Einschränkungen. Im Herbst 2020 war es dann wieder ein bisschen anders, wurde es wieder besser. Im Frühjahr 2021 hatten wir ähnliche Verhältnisse wie 2021 [sic!] - wir hatten in meinem Bereich auch einen pandemiebedingten Schichtdienst, der sich aber als sehr effektiv erwies -, aber eben auch, weil es weniger Aufkommen gab und dann vor allen Dingen weil es weniger Austausch mit Partnern gab und man

eben dann mehr Zeit zur Verfügung hatte für die Berichterstattung.

Jörg Nürnberger (SPD): Sie haben jetzt die Seite dargestellt quasi des Inputs, der in Ihr Referat geliefert wurde. Waren denn die Bedarfe, also die Anfragen vonseiten der Bedarfsträger, ähnlichen Zyklen unterworfen? Oder können Sie sich erinnern, dass es da im Untersuchungszeitraum besondere Zeiträume, Zeitpunkte gab, wo ein besonders hoher Nachfragebedarf vonseiten der Stellen vorlag, denen Sie zugearbeitet haben?

Zeuge Dr. S. R.: Meiner Erinnerung nach war der Informationsbedarf hoch, die ganze Zeit. Es mag Wellenbewegungen gegeben haben; aber er war während des gesamten Untersuchungszeitraumes hoch.

Jörg Nürnberger (SPD): Sie haben als Referatsleiter LBA auch insgesamt mit den anderen Referaten der Abteilung LB zusammengearbeitet, insbesondere mit dem Referat LBB. Wie kann ich mir diese Zusammenarbeit vorstellen? Funktionierte die immer reibungslos? Stellen Sie uns bitte dar, wie Sie diese Zusammenarbeit wahrgenommen haben.

Zeuge Dr. S. R.: Die Zusammenarbeit war nicht immer reibungslos; das muss ich schon sagen. Es gab Diskussionen, die fanden aber auf einer kollegialen und professionellen Ebene statt und waren auch intensiv. Wir hatten einen täglichen Austausch in Teamrunden, wöchentlich dann in einer Videokonferenz, in der wir auch unsere Bedarfe nannten. Von daher: Das war ein professioneller, intensiver Austausch.

Jörg Nürnberger (SPD): Ohne dass ich jetzt den Anlass bieten möchte, dass wir in das andere Sitzungsregime wechseln müssen: Können Sie uns ganz allgemein darstellen, worin diese unterschiedlichen Auffassungen zwischen den Referaten bestanden haben?

Zeuge Dr. S. R.: Es waren ganz unterschiedliche Punkte. Es ging um langfristige Planungen; es ging aber auch um alltägliche Fragen, in denen wiederum wir als LBA priorisieren mussten.



Nichtöffentlich

Jörg Nürnberger (SPD): Haben Sie ähnliche Erfahrungen hinsichtlich Ihrer Zusammenarbeit mit Dienststellen außerhalb des BND gemacht? Also war auch da die Zusammenarbeit nicht immer völlig reibungslos, und, wenn ja, können Sie das etwas konkretisieren?

Zeuge Dr. S. R.: Ja, es gab Reibungen, insbesondere - Es gab Diskussionen mit dem Auswärtigen Amt, einem unserer Hauptabnehmer, wie man bei uns sagt. Das waren aber professionelle Meinungsverschiedenheiten, die wir auch im Diskurs besprochen haben. Es gab ähnliche Diskussionen mit Teilen des Bundesministeriums für Verteidigung. Und es gab auch Diskussionen mit der Bundeswehr, mit Bundeswehrführungskräften.

Jörg Nürnberger (SPD): Betrafen diese Diskussionen auch tatsächlich die Einschätzung zum Beispiel der Sicherheitslage in Afghanistan?

Zeuge Dr. S. R.: Ja.

Jörg Nürnberger (SPD): Ich möchte in den mir noch zur Verfügung stehenden Minuten in der ersten Runde die Frage auf eine Diskussion lenken, die auch mit den anderen Mitarbeitern des BND, die wir hier bereits vernommen haben, Gegenstand der Vernehmungen war - es kann jetzt sein, dass wir vielleicht umstellen müssen auf die geschlossene Sitzung -, und ich beziehe mich auf diese sehr dynamische Entwicklung im August 2021. Am 11. August 2021 geht um 10.24 Uhr beim BND eine Mail aus dem Bundeskanzleramt ein - ich beziehe mich auf MAT A BND-3.175 VS-NfD, also insoweit noch unproblematisch, Blatt 123 bis 127 -, die um 10.38 Uhr an Sie weitergeleitet wurde. Ich darf zitieren:

... zu u. a. Agenturmeldung erbitte ich eine kurze Stellungnahme des BND, insbesondere zur Einordnung der Aussage, Kabul könne innerhalb von 30 bis 90 Tagen fallen - auch vor dem Hintergrund einer in der gestrigen ND-Lage leicht abweichenden Bewertung. Idealerweise fließt eine Einschätzung der betreffenden AND ein.

Über eine zeitnahe Rückmeldung würde ich mich freuen.

Das Bundeskanzleramt nimmt in der Mail Bezug auf eine Meldung der dpa - ich glaube, das nennt man dann in Ihrem Jargon eine Open Source -, in welcher berichtet wird, dass die „Washington Post“ - eine andere Open Source - aus US-Geheimdienstkreisen berichten würde, dass Kabul innerhalb von 30 bis 90 Tagen in die Hände der Taliban fallen könnte, also viel früher, als - Ihre Einschätzung „Emirat 2.0“ - bisher von den USA angenommen. In der Mail des Bundeskanzleramts heißt es, dass dies eine „leicht abweichende Bewertung“ der am Tag vorher erhaltenen ND-Lage gewesen sei. Können Sie sich erinnern, inwieweit und worin diese Abweichung bestand?

Zeuge Dr. S. R.: Ganz allgemein in der Bewertung der zeitlichen Dimension der Machtübernahme durch die Taliban.

Jörg Nürnberger (SPD): Sind Sie in der Lage, das noch weiter zu konkretisieren, weil notfalls müssten wir Ihnen etwas vorlegen, das eine Einstufung verursachen würde? - Bitte beraten Sie!

(Der Zeuge wendet sich an seinen Rechtsbeistand)

Zeuge Dr. S. R.: Also, ich denke, in nicht eingestufte Sitzung wird das schwierig.

Jörg Nürnberger (SPD): Dann würde ich die Frage gern zurückstellen und gegebenenfalls später darauf zurückkommen.

Sie bitten dann Herrn O. W. in einer Mail um 11.16 Uhr, also wirklich sehr zeitnah, um „Übernahme“ - die Quelle ist MAT A BND-3.175 VS-NfD, Blatt 125 -, damit er eine Stellungnahme erstellen möchte. War Ihnen zu diesem Zeitpunkt bekannt, dass im Sachbereich LBAE bereits zu möglichen Kippunkten für den Fall Kabuls gearbeitet wird und bald eine Vorlage erstellt werden sollte?

Zeuge Dr. S. R.: Ja, das war mir bekannt.



Nichtöffentlich

Jörg Nürnberger (SPD): Gut. - Wann haben Sie erstmals aus dem Bereich LBAE gehört, dass für Kabul eine Analyse mit sogenannten Kippunkten erarbeitet wird?

Zeuge Dr. S. R.: Am Tag davor.

Jörg Nürnberger (SPD): Haben Sie darauf gedrängt, haben Sie darauf hingewiesen, diese Kippunkte möglichst schnell an das Bundeskanzleramt zu kommunizieren?

Zeuge Dr. S. R.: Ja.

Jörg Nürnberger (SPD): Wenn ich mir dann ein anderes Dokument anschau, und zwar MAT A BND-3.14 VS-NfD, Blatt 180 bis 182, dann wurde in der BND-Morgenlage am 12. August 2021, also doch, ja, danach, immer noch davon geschrieben, dass ein „koordinierter Angriff gegen die Hauptstadt Kabul ... in den kommenden 30 Tagen weiterhin unwahrscheinlich“ ist. Wenn ich jetzt ein politisch Verantwortlicher bin, stellt sich mir die Frage: Ist es für den Rezipienten, den Leser dieser Analyse nicht irreführend, wenn hier nur auf das militärische Szenario beschränkt wird und gleichzeitig eine kampffreie Übernahme der Stadt bei Erreichen gewisser Kippunkte außer Acht gelassen wird?

Zeuge Dr. S. R.: Die Morgenunterrichtung ist ein sehr kondensiertes Format. Aber in der Tat, das - - Wir haben das in der Tat so - bis dato jedenfalls; eine gewaltsame Einnahme Kabuls - für unwahrscheinlich gehalten, diese Einschätzung aber kurz danach weiter modifiziert.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Das Fragerecht wechselt zur CDU/CSU-Fraktion, und der Kollege Erndl hat das Wort.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Vielen Dank. - Schönen guten Tag, Herr Zeuge! - Ich würde gerne noch mal zum Referat zurückkommen und Sie fragen, wie groß denn Ihr Referat insgesamt war.

Zeuge Dr. S. R.: Iststärke war eine Zahl im unteren bis mittleren zweistelligen Bereich.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Wie viele der Mitarbeiter haben da einen beruflichen Hintergrund als Regionalspezialist? Und vor allem: Wie viele - anteilmäßig - sprechen eine der afghanischen Sprachen?

Zeuge Dr. S. R.: Zum damaligen Zeitpunkt hatten wir zwei Mitarbeiter, die in Afghanistan gesprochene Sprachen sprachen. Die allermeisten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hatten langjährige Erfahrung mit dem zu bearbeitenden Gegenstand und einige auch Landeserfahrung in Afghanistan.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Also, die fehlenden sprachlichen Kenntnisse waren jetzt aus Ihrer Sicht keine Einschränkungen zur Bearbeitung und Bewertung der politischen Lage zum Beispiel.

Zeuge Dr. S. R.: Nein, nein, keine entscheidende Einschränkung.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay, danke schön. - Im September 2020 ist angedacht in einem Vermerk, eine [REDACTED] Friedensverhandlungen [REDACTED] einzurichten. Ich beziehe mich da auf MAT A BND-3.152 VS-NfD, Blatt 223/224. Wurde diese Auswertungskomponente dann letztendlich eingerichtet?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Dr. S. R.: Also, hier bitte ich um Verständnis; das kann ich in nicht eingestufter Sitzung nicht beantworten.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay. Der Vermerk ist VS-NfD; aber gut, nehmen wir so zur Kenntnis. - Ich würde gern einen neuen Komplex starten und mich auf ein Interview des damaligen Bundesaußenministers Heiko Maas beziehen, das er am 20.08.2021 gegeben hat und sich öffentlich zugänglich auf der Homepage des Auswärtigen Amtes befindet. Ich kann gerne die Adresse mitteilen: <https://www.auswaertigesamt.de/de/newsroom/-/2477656>. Also, wenige Tage nach dem Fall Kabuls nimmt der Außenminister Stellung und sagt in diesem Interview:



Nichtöffentlich

Der BND hat offensichtlich eine falsche Lageeinschätzung vorgenommen, so wie andere Dienste auch ... Das muss sich ändern. In Zukunft sollte man die Erkenntnisse anderer Dienste noch einmal sehr intensiv überprüfen. Die Entscheidungen, die aufgrund dieser fehlerhaften Berichte getroffen wurden, sind nach bestem Wissen und Gewissen gefallen. Aber sie waren im Ergebnis falsch, mit katastrophalen Folgen.

Jetzt waren Sie als Referatsleiter sozusagen inhaltlich für die Erstellung der Lageeinschätzung verantwortlich. Wie würden Sie die Aussagen des Außenministers bewerten?

Zeuge Dr. S. R.: Nach meinem damaligen Empfinden war das nicht zutreffend und nicht richtig; denn wir haben ja vor der Machtübernahme der Taliban gewarnt. Wir haben auch die Gefährdung der Ortskräfte gesehen, und zwar grundsätzlich aller deutschen Ortskräfte, spätestens mit Abzug der Bundeswehr. Der Abzug der Bundeswehr war am 30. Juni 2021 abgeschlossen.

Was zutreffend ist: dass wir eine militärische Einnahme Kabuls für unwahrscheinlich bzw. am Ende eher unwahrscheinlich gehalten haben. Wir haben aber im Krisenstab der Bundesregierung am 13. August nachmittags darauf hingewiesen, dass, wenn bestimmte Kipppunkte - die wurden ja schon erwähnt - eintreten, es schneller gehen kann. Und genau das ist ja eingetreten.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich wollte, weil das jetzt zweimal gewesen ist, gern darauf hinweisen: Wir sind ja in nichtöffentlicher Sitzung und, soweit Bezug genommen wird auf Dokumente, die von der Regierung als VS-NfD eingestuft werden, kann es im Regelfall eigentlich nicht sein, dass die Antwort lautet: Das kann nur in eingestufte Geheimsitzung erörtert werden. - Es sei denn, die Nachfragen sind so spezifisch, dass das das ist. Ich will Sie also schon bitten - -

Ich will noch mal das Regel-Ausnahme-Verhältnis hier hervorheben. Erste Regel ist: Normalerweise tagen wir öffentlich. Davon nehmen wir

Abstand mit Blick auf Ihre Person. Die zweite Regel ist, dass die Menschen, die hier sitzen und teilnehmen dürfen, entsprechende Clearance haben, dass sie teilnehmen können und dürfen, und Dinge, die VS-NfD eingestuft sind, müssen normalerweise hier erörtert werden können. Deswegen würde ich darum bitten, dass wir hier nicht falsche Maßstäbe anlegen, dass, ich sage das mal so, so viel wie möglich in dieser Sitzungsform erörtert und nachgefragt wird und nicht so viel wie nötig. So viel wie möglich - das ist der Maßstab, an dem wir uns orientieren.

Wir sind bisher immer gut miteinander klargekommen. Ich würde gerne mir wünschen, dass das so bleibt - ich meine jetzt nicht Sie; ich meine die Bundesregierung und uns - und dass wir also den Maßstab ein bisschen strenger wählen, auch wenn wir nachher noch möglicherweise in anderem Format tagen.

Ich sage das jetzt, weil zwei Fragen schon gestellt worden sind, die eigentlich vergleichsweise harmlos gewesen sind, erst recht bezogen auf das, wie das selbst eingestuft worden ist von der Bundesregierung, die diese Einstufung ja selbst wahrgenommen hat. Darauf wollte ich noch mal hinweisen. - Wir haben die Zeit selbstverständlich angehalten, Herr Kollege, und Sie haben das Wort.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Danke schön. - Ich kann ja dann am Schluss vielleicht noch mal auf die Frage zurückkommen, würde aber mit dem Interview des Außenministers gerne fortfahren. Und wir waren ja sozusagen bei Ihrer Bewertung dieser Aussagen. Der Außenminister hat auch gesagt, man hat sozusagen unreflektiert die Einschätzungen anderer Dienste und unzureichend geprüft übernommen, und deshalb sei der BND danebengelegt. Entspricht das sozusagen auch Ihrer Ansicht?

Zeuge Dr. S. R.: Ganz und gar nicht! Das war so ganz und gar nicht, im Gegenteil. Wir haben ein eigenes Lagebild gehabt. Wir haben uns mit - -

(Der Zeuge wendet sich an seinen Rechtsbeistand)



Nichtöffentlich

Muss ich meinen Rechtsbeistand angucken. Aber wir haben uns mit Partnern auf Augenhöhe ausgetauscht und andere Lagebilder, wie alles andere, was wir aufgreifen können, wurde in unser Lagebild eingepasst. Aber unser Lagebild war immer unser eigenes, und darauf haben wir auch als Referat - das ist quasi unsere DNA - immer Wert gelegt.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir sind ja noch zu Beginn der Befragung. Der Sinn des Austausches mit Ihrem Rechtsbeistand besteht darin, dass, wenn eine Pause notwendig ist, die stattfindet und Sie sich beraten können. Aber wenn wir Ihnen eine Frage stellen, dann möchten wir eigentlich gerne, dass Sie die direkt beantworten. Sie sind eine Führungskraft hier. Sie sind belehrt worden vorhin bezogen auf die Inhalte. Und deswegen ist es schon meine Bitte, dass Sie die Fragen direkt beantworten nach bestem Wissen und Gewissen und in der Art und Weise, wie ich das vorhin in der Belehrung vorgetragen habe.

Wenn es gesonderten Beratungsbedarf gibt, dann unterbrechen wir die Sitzung. Aber ich möchte hier eigentlich kein dauerndes Wechselspiel haben von „Soll ich das so rum oder so rum machen?“. So ist die Form der Beratung hier nicht vorgesehen. Und das wollte ich Ihnen noch mal ausdrücklich mitteilen, damit wir gut durch die Vernehmung kommen. Das ist ja unser gemeinsames Ziel. - Herr Kollege Erndl, Sie können fortfahren.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Vielen Dank, alles gut. - Ich arbeite mich aber trotzdem noch ein bisschen am Auswärtigen Amt und dem Außenminister ab. Das Auswärtige Amt hat ja dann wohl auch andere Informationsquellen und auch natürlich einen direkten Kanal in die Botschaft und sozusagen die Einschätzungen der Botschaft vor Ort. Auch der stellvertretende Botschafter van Thiel war ja auch immer sehr kritisch in der Lageeinschätzung. Hatten Sie dann eben an dem 13. August das Gefühl, dass in dieser Krisensitzung im Auswärtigen Amt die Beschlüsse, beispielsweise mit der Evakuierung zu warten, dann eben nur auf Basis Ihrer Informationen stattfanden, oder sind Sie davon ausgegangen, dass da auch andere Informationen einfließen?

Zeuge Dr. S. R.: Ich hatte nicht den Eindruck, dass die Lageschätzung nur auf unseren Informationen beruhte. Es gab zwar eine Äußerung auch von der Staatssekretärin Leendertse: Ich bin dem BND dankbar für die Einschätzung, die er gibt, und die Zeit, die er uns noch gibt. - Da wollte ich am liebsten sagen: Ja, Achtung, aber die Zeit haben wir eigentlich nicht mehr! - Aber es war die allgemeine Ansicht, dass die Evakuierung eingeleitet werden muss, und sie wurde dann ja auch noch nicht angeordnet. Aber die Vorbereitung, die Einleitung der Evakuierung, wurde beschlossen in diesem Krisenstab.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Haben Sie das Gefühl, dass das Auswärtige Amt die Warnung vor den Kippunkten irgendwo nicht allumfassend sozusagen verinnerlicht hat oder vielleicht nicht verstehen wollte?

Zeuge Dr. S. R.: Wir haben es dreimal gesagt. Sowohl die Vizepräsidentin, Frau Uslar, hat die Kippunkte angesprochen - wir hatten das auch vorher abgesprochen auf dem Weg zur Krisenstabssitzung, wer was sagt -, sie hat es angesprochen, mein Stellvertreter O. W. hat es angesprochen, und ich habe es dann am Ende noch mal abgebunden und noch mal betont. Da gehe ich davon aus, die Botschaft ist angekommen.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay. Wie ist Ihre Einschätzung: Hatte die Aussage in dem Interview und auch dann die mediale Schelte, die dann irgendwo auch erfolgt ist, hatte die auch Einfluss auf den BND-internen Lessons-learned-Prozess?

Zeuge Dr. S. R.: Ich denke schon, ja.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay. Ich würde gern noch - - Wie viel Minuten haben wir noch?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Acht Minuten.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Ach, acht Minuten, wunderbar.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Reichlich Zeit.



Nichtöffentlich

Thomas Erndl (CDU/CSU): Reichlich Zeit, sehr schön. - Dann würde ich noch mal eingehen auf ein Interview eines ehemaligen Kollegen aus dem BND im Deutschlandfunk, der den Vorgang auch im Rahmen eines Interviews eben sehr deutlich bewertet. Ich zitiere, und ich kann Ihnen das auch gerne sozusagen im Link noch mal geben. Das ist <https://www.deutschlandfunk.de/conrad-bnd-zeitzeugen-100.html>. Können wir auch gerne geben. So, da sagt der Ex-Kollege:

Wissen Sie, man sieht die Absicht und man ist verstimmt, und ... da wollte jemand anders ... vom operativen Totalversagen ablenken.

Und er führt aus, dass der BND sehr wohl seiner Funktion als Early-warning-Werkzeug gerecht wurde. Ist der BND aus Ihrer Sicht dieser Early-warning-Funktion da ausreichend gerecht geworden?

Zeuge Dr. S. R.: Ja.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Können Sie uns da einige Beispiele nennen sozusagen für Produkte des BND, wo man sozusagen diese Early-warning-Funktion für die Ministerien auch entsprechend konzipiert hat?

Zeuge Dr. S. R.: In allgemeiner Weise. - Herr Vorsitzender, wenn ich meinen Anwalt angucke, dann tue ich das nicht, um die Aussage abzusprechen. Ich bin ein loyaler Beamter und möchte die Aussagegenehmigung nicht verletzen; das ist der Punkt. Die Aussage an sich, den Kurs bestimme schon ich. Ich werde es deshalb ganz allgemein machen: beispielsweise die eingangs schon angesprochene Darstellung von Szenarien der künftigen Entwicklung Afghanistans von Anfang Dezember 2020. Da haben wir - - Da lief ja der - - Der Abzug war vorprogrammiert, aber er war noch nicht vollzogen. Da haben wir hingewiesen darauf, dass die vollständige Machtübernahme der Taliban in ganz Afghanistan eben aus unserer Sicht das wahrscheinlichste - wir sagten damals: eher wahrscheinlich -, das wahrscheinlichste Szenario ist.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Okay, gut. Vielen Dank. - Dann noch mal Beziehung auf einen weiteren Vorhalt. Das ist MAT A BND-3.02 VS-NfD, Blatt 9. In einem Vermerk stellten Sie fest:

Das AA plädiert - ganz ähnlich wie der NATO-SecGen - immer noch dafür, dass die NATO den Abzug erst beschließen sollte, wenn die Taleban alle Bedingungen erfüllt haben („conditions based“) - obwohl das i. W. der Fall ist ...

So ist das genau hier zitiert. Können Sie uns kurz die zu erfüllenden Konditionen darstellen, auf die Sie da Bezug nehmen?

Zeuge Dr. S. R.: Das sind die Konditionen des USA-Taliban-Abkommens, des sogenannten Doha-Abkommens vom 29.02.2020. Da geht es insbesondere darum - ohne dass ich das Dokument jetzt kenne -, dass die Taliban sich in dem Abkommen verpflichtet hatten - erstens -, Abstand zu nehmen von Angriffen gegen die internationale Militärkoalition, und - zweitens - sich von internationalen Gruppierungen lossagen sollten und durchsetzen sollten, dass von diesen keine Gefahr für die Vereinigten Staaten und ihre Alliierten ausgeht.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Wenn diese Konditionen im Wesentlichen - wie Sie es formuliert haben - bereits erfüllt waren, auf was zielte dann sozusagen der Conditions-based-Ansatz des Auswärtigen Amtes noch ab?

Zeuge Dr. S. R.: Herr Abgeordneter, könnten Sie mir noch mal sagen, von wann das Dokument stammt, oder könnten es mir vorlegen?

Thomas Erndl (CDU/CSU): Das können wir Ihnen vorlegen; das ist am einfachsten. 19.01.2021.

Zeuge Dr. S. R.: Danke schön.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)



Nichtöffentlich

Ja. Ich kann es wieder einordnen. Nach der Regierungsübernahme Bidens in den USA hat die US-Regierung einen sogenannten Review Process eingeleitet. Das heißt, das Abkommen bzw. die Abkommensumsetzung durch die Taliban sollte überprüft werden, um möglicherweise zu einer Neubewertung gegenüber der Bewertung der Trump-Regierung zu kommen, was dann möglicherweise zu einem Aufschub oder einem Stopp des Abzuges, der ja zum 01.05.2021 vorgesehen war laut dem Doha-Agreement, hätte führen können.

Es gab damals eine Diskussion auf Ressortebene auch in Besprechungen, inwieweit die Taliban diese Konditionen des Doha-Agreements einhalten. Wir als Bundesnachrichtendienst haben damals in der Berichterstattung gewertet: Die Taliban halten die Konditionen ein, die liefern, würde auch sagen, nach bürgerlichem Recht mittlere Art und Güte. Aber das, was sie tun müssen, das tun sie. - Und haben eben auch darauf hingewiesen: Ein Verbleib in Afghanistan über den 30.04. oder 01.05. hinaus, der nicht mit den Taliban ausverhandelt ist, wird wahrscheinlich zu Angriffen der Taliban gegen die Kräfte der internationalen Militärkoalition führen.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Eine Minute noch. Dann können wir ja da noch etwas anhängen. - In einer E-Mail, die dann Anfang Februar 21 sozusagen in Ihrem Team eine Diskussion - - eben sehr kritisch die Aussage des Auswärtigen Amtes beleuchtet, dass die internationale Gemeinschaft den diplomatischen Druck auf die Taliban erhöhen müsste. Und Sie kamen zu dem Schluss, dass das eben nur ein Festhalten an der unwirksamen Strategie der letzten 20 Jahre sei. Die E-Mail oder der E-Mail-Verkehr ist MAT A BND-3.67 VS-NfD, Blatt 16 bis 21. Und meine Frage wäre: Welche Ansätze konnten Sie und Ihr Team identifizieren, und haben Sie die Skepsis gegenüber den Ansätzen des AA und Kanzleramts auch kommuniziert?

Zeuge Dr. S. R.: Könnte ich dieses Dokument sehen?

Thomas Erndl (CDU/CSU): Selbstverständlich.

Zeuge Dr. S. R.: Vielen Dank.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Und könnten Sie mir noch mal sagen, was jetzt die Frage war, Herr Abgeordneter?

Thomas Erndl (CDU/CSU): Sie haben ja kritisch sozusagen beleuchtet, dass das nur ein Festhalten an der unwirksamen Strategie der letzten 20 Jahre sei, wenn man sagt: Die internationale Gemeinschaft muss den diplomatischen Druck auf die Taliban erhöhen. - Deswegen die Fragen noch mal: Konnten Sie andere Ansätze identifizieren? Und haben Sie die Skepsis, die Sie da festgehalten haben, auch gegenüber dem Auswärtigen Amt und dem Kanzleramt kommuniziert?

Zeuge Dr. S. R.: Also, diese Aussage „Das ist ein Festhalten an der Afghanistan-Strategie der letzten 20 Jahre“ ist nicht meine Aussage. Das ist die Aussage vom Zeugen O. W. mir gegenüber. Ich hatte einen Bericht gelesen. Das ist diplomatische Korrespondenz, die wir auch regelmäßig erhalten, bestimmt nicht immer erhalten, und hatte nachgefragt.

Und in der Tat ging es darum, ob tatsächlich es zielführend ist, wenn die internationale Gemeinschaft den Druck auf die Taliban erhöht. Und die Rückmeldung war: Nein, das ist nicht zielführend. Das hat man in den letzten 20 Jahren schon versucht, und das hat da auch nichts gebracht. - Und das habe ich durchaus so geteilt; das haben wir in der Berichterstattung auch immer wieder kommuniziert. Ich habe dann nachgefragt - das sehen Sie ja hier -: „Welche ... Hebel stünden denn dann zur Verfügung“ außer Druck?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Dann geht das Fragerecht zur Frau Kollegin Nanni von Bündnis 90/Die Grünen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Herr Vorsitzender. - Guten Abend! Herzlich willkommen! Bevor ich in meine eigene Befragung einsteige, würde ich noch mal eine Nachfrage äußern, und zwar haben Sie bei der Befragung



Nichtöffentlich

durch den Kollegen Nürnberger erwähnt, dass es von April bis September 21 einen Leitungsvorbehalt gab. Das habe ich nicht verstanden. Wenn Sie das noch mal erläutern könnten, was das heißt.

Zeuge Dr. S. R.: Das hieß, dass sämtliche Ausgangsberichterstattung, jedenfalls diese sogenannte Regelberichterstattung, vor Ausgang der Leitung des BND vorgelegt werden muss.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das ist insofern ein Unterschied zum üblichen Verfahren, als dass Sie sonst - wenn ich es richtig verstehe - mit den Bedarfsträgern jeweils auf den gleichen Hierarchieebenen durchaus direkt kommuniziert haben? Habe ich das richtig verstanden?

Zeuge Dr. S. R.: Das ist so richtig. Normalerweise verantworte ich die Berichterstattung, zeichne sie abschließend, und sie läuft dann aus in der Regel auch in der Tat auf die gleichrangige Ebene in den Ressorts.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie mir erläutern, wie es zu diesem Leitungsvorbehalt kam?

Zeuge Dr. S. R.: Das hatte zu tun mit der Abzugs-situation. Es wurde erkannt, dass unsere Berichterstattung natürlich auch Grundlage ist für Entscheidungen der Bundesregierung, insbesondere in einer so heiklen Situation wie ein militärischer Abzug. Das sahen wir grundsätzlich auch so. Und das war der Anlass - ohne dass ich jetzt es konkret erinnere - für den Leitungsvorbehalt.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie stark verlängert sich der Weg, wenn Sie durch den Leitungsvorbehalt den Bericht erst mal nach oben geben müssen, bis er dann wieder bei den Kolleg/-innen aus den anderen Häusern landet?

Zeuge Dr. S. R.: In der Praxis hat sich das selten ausgewirkt. Es gibt eine gewisse Verzögerung. In manchen Berichterstattungsarten waren wir auch befreit von dem Leitungsvorbehalt. In der Regel gab es keine nennenswerte Verzögerung, maximal ein Tag.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Maximal ein Tag?

Zeuge Dr. S. R.: Ja.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Das heißt, es ist aber schon so, dass aus einem täglichen Austausch dann ein Innerhalb-der-nächsten-24-Stunden-Austausch geworden ist?

Zeuge Dr. S. R.: Wenn eine Frist zu halten ist oder wir die Sache für eilbedürftig hielten, haben wir das mit dem entsprechenden Hinweis versehen, und, ich denke, insgesamt ist mir auch kein Fall erinnerlich, wo es sich wirklich nennenswert verzögert hat.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, danke. - Dann würde ich jetzt noch mal mit Ihnen gedanklich zum 13. August springen. Dazu haben Sie ja gerade schon ein bisschen ausgeführt. Ich habe für mich festgehalten, dass die Botschaft angekommen ist, auch bei den anderen Ressorts. Gab es denn inhaltliche Reaktionen der anderen Ressorts, und, wenn ja, wie sahen die aus?

Zeuge Dr. S. R.: Also, wie gesagt, auf die - - Die Reaktion der Staatssekretärin war - - Wir haben vorgetragen. Danach meldete sich der Gesandte der deutschen Botschaft in Kabul und äußerte Widerspruch. Und daraufhin sagte dann Staatssekretärin Leendertse: Ich bin dem BND dankbar für seine Stellungnahme, für die Zeit, die er uns noch gibt. - Und, wie gesagt, ich hätte dann gerne gesagt: Achtung, ne, die Kippunkte noch mal. - Dann war aber der Gesprächsfaden oder das Gespräch schon weitergezogen. Aber das war die Reaktion davor auf die Kippunkte. Ansonsten wurde danach - - nicht mehr eingegangen. Aber es wurde ja das dann auch umgesetzt, was letztendlich, denke ich, auch der Gesandte der deutschen Botschaft forderte: dass man eben die Evakuierung einleitet, beginnend am nächsten Montag.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Liegt Ihnen das Protokoll von der Sitzung vor?



Nichtöffentlich

Zeuge Dr. S. R.: Es liegt mir jetzt nicht vor, aber ich kenne es.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie sich dran erinnern, ob Sie den Beitrag des BNDs im Protokoll als zutreffend und vollständig empfunden haben?

Zeuge Dr. S. R.: Er war nicht vollständig; er war stark kondensiert, aber insoweit in Ordnung.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und haben Sie das dem AA gegenüber noch mal angemerkt, dass da im Protokoll was fehlt. Wir machen es ja auch in den Gremiensitzungen: jemand noch Ergänzungen?

Zeuge Dr. S. R.: Diese Möglichkeit gab es nicht, nein.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Wurde in der Krisenstabssitzung etwas für das sofortige weitere Vorgehen festgehalten?

Zeuge Dr. S. R.: Es wurde festgehalten, dass am nächsten Montag ein Krisenunterstützungsteam nach Kabul verlegt - - bestehend aus Angehörigen der Bundeswehr und des Auswärtigen Amtes. Das war die Beschlusslage.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Schlussfolgerungen für den BND?

Zeuge Dr. S. R.: Für uns war - - Wir sahen die - - Wir hielten es auch für richtig, und es gab auch niemanden, der dem widersprochen hat, auch nicht Herr - - Gesandter der deutschen Botschaft in Kabul. Das war einhelliger Beschluss.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Ist das - - Wenn Sie sagen, dann kam die Information: Aus den Akten geht hervor, dass am Nachmittag des 13. August Sie noch mal ein BND-internes Debriefing im Nachgang der Krisenstabssitzung gemacht haben, unter anderem auch mit der Vizepräsidentin von Uslar. Da waren Sie auch dabei. Ist das der Ort, an dem Sie diese Information erreicht hat?

Zeuge Dr. S. R.: Nein, die hat uns danach erreicht, bei dieser Sitzung. Die war, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, fast im Anschluss an unsere Rückkehr in den BND. Und da hatte ich diese Information. Die hatten wir da auch noch nicht.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie denn in Ihrer Funktion als Leitung im Nachgang der Krisenstabssitzung und auch des internen Debriefings noch etwas veranlasst? Haben Sie noch Aufträge verteilt?

Zeuge Dr. S. R.: Mein Stellvertreter - - Nachdem wir aus der Besprechung, dieser internen Besprechung zurückkamen, sagte mein Stellvertreter - - trug die Information an mich heran mit der Einnahme von Pul-i-Alam und kündigte an, er werde auf der Dienststelle sein. Ich habe das gutgeheißen. Wir haben dann eben auch am Samstag telefoniert. Und da kam ich dann zu dem Entschluss, dass ich am Sonntag auf die Dienststelle komme.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Ich würde Ihnen gerne einen Vorhalt machen. Und zwar ist das MAT A BND-3.202 VS-NfD, Blatt 148. Und das ist eine E-Mail von Ihnen an LBA-SGL. „JEDER“ ist wahrscheinlich dann die ganze Gruppe. Und im cc ist noch LBA-AND. Und zwar ist es am - genau, Datum hatte ich schon gesagt - 13.08., 16.33 Uhr.

Sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrter Kollege,

...

Frau VPr'in hat uns gebeten, in den nächsten Tagen und Wochen mit geeigneten AND [REDACTED]

[REDACTED] Kontakt aufzunehmen (ggf. auch anlässlich anderer Gespräche) und zu eruieren, wie die dortige Lageeinschätzung tatsächlich ist.

Ggf. können wir eine Klärung auch durch Erka klären, das wir von den Partnern erhalten.

Ich bitte um Veranlassung im Rahmen des Möglichen,

Können Sie dazu noch mal Stellung beziehen?



Nichtöffentlich

Zeuge Dr. S. R.: Ja, das bezog sich auf den Widerspruch, den Herr van Thiel in der Krisenstabsitzung geäußert hatte - und auch darauf verwies, er habe mit anderen Nachrichtendiensten vor Ort gesprochen und hätte besseres Intel und es ging darum, zu verifizieren, ob tatsächlich andere Partner von uns eine andere Lageeinschätzung haben. Und das war der Auftrag an meine Leute.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und den haben Sie wann durchgeführt?

Zeuge Dr. S. R.: Der wurde dann in der kommenden Woche durchgeführt, ja, in der Tat.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und was ist dabei rausgekommen?

Zeuge Dr. S. R.: Jetzt muss ich - - Bitte, Verzeihung noch mal. Ich bitte um Unterbrechung.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sie sind wieder sprechfähig?

Zeuge Dr. S. R.: Ich bin wieder sprechfähig. - Also, können Sie die Frage noch mal wiederholen, bitte? Es geht um Inhalte der - -

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. - Ich habe Ihnen ja gerade einen Vorhalt gemacht, den wiederhole ich nicht. Aber sinngemäß geht es darum, dass Sie Kontakt aufnehmen mit den Nachrichtendiensten der USA und Großbritanniens. Sie haben gerade schon gesagt, dass diese Kontaktaufnahme erfolgt ist. Jetzt wäre meine Frage - - Sie haben ja Bezug genommen auf die divergierenden Lageeinschätzungen von BND und van Thiel in der Krisenstabssitzung. Jetzt wäre meine Frage, was Sie sozusagen von den ausländischen Nachrichtendiensten an Informationen erhalten haben, die in der Klärung „Wer war sozusagen näher dran an der Infolge von vor Ort?“ geholfen hat?

Zeuge Dr. S. R.: Ich würde die Frage gerne beantworten, aber ich kann es nicht. Das lässt meine

Aussagegenehmigung nicht zu, zumindest nicht in öffentlicher Sitzung.

(ORR Michael Steppan
(BKAmT) meldet sich
zu Wort)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Die Bundesregierung hat das Wort.

ORR Michael Steppan (BKAmT): Das entspricht meinem Votum, das ich abgegeben hätte.

(Heiterkeit)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das ist eine sehr überraschende Feststellung; aber die nehmen wir zur Kenntnis. - Und, Frau Kollegin Nanni, Sie hätten noch eine Nachfrage.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das passt mir nicht gut. Wie viele Minuten sind es denn? Null, wahrscheinlich, ne? - Nächste Runde dann.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: So ist es. - Dann wechselt das Fragerecht zur AfD.

Gerold Otten (AfD): Ja, danke. - Herr Dr. R., ich möchte in dem Zusammenhang auf das Doha-Abkommen etwas abheben. Und das Abkommen wird ja im öffentlichen Raum weithin so als alleiniges Machwerk der Trump-Regierung angesehen und auch heftig kritisiert. Weniger bekannt ist aber die Vorgeschichte des Abzugsabkommens. Entsprechend sprechen aus unserer Sicht immer mehr Indizien dafür, dass Doha keineswegs im US-amerikanischen Alleingang erarbeitet worden ist, sondern dass die deutsche Bundesregierung auch in die Genese des Doha-Abkommens mindestens teilweise miteingebunden war. So hat der US-Sonderbeauftragte Khalilzad bereits während seines Besuchs bei Minister Maas im August 2019 die Bundesregierung über die Grundzüge des später in Doha abgeschlossenen Abkommens mit den Taliban informiert und dieser Bundesregierung eben auch eine schriftliche Fassung vorgelegt, die sich im Wesentlichen mit dem späteren Doha-Abkommen deckte. Das geht aus MAT A AA-8.452, Blatt 20/21 hervor und aus der



Nichtöffentlich

Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion, Bundestagsdrucksache 20/4966, Seite 3.

Weiter wissen wir aus den Unterlagen, dass der Sonderbeauftragte der Bundesregierung für Afghanistan, Herr Markus Potzel, schon vor der Unterzeichnung des Doha-Abkommens die geheimen Zusatzabkommen des Abkommens einsehen durfte und die Bundesregierung diesen offenbar grundsätzlich zugestimmt hat. In dem Zusammenhang hat es unsere Fraktion aufhorchen lassen, als Mariam Safi von der Organization for Policy Research and Development Studies im vergangenen September hier im Untersuchungsausschuss als geladene Sachverständige anmahnte, dass der deutsche Beitrag zum Zustandekommen des Doha-Abkommens nicht außer Acht gelassen werden dürfte. Frau Safi untermauerte diese Mahnung mit den nicht nur für sie gleichfalls aufschlussreichen wie irritierenden Aussagen des Talibanvordenkers Anas Haqqani im Interview mit dem „Spiegel“. Darin hat Haqqani die deutsche Rolle und insbesondere diejenige Markus Potzels in den Doha-Verhandlungen entsprechend lobend hervorgehoben, und wir alle kennen das Ergebnis des Prozesses, dass am Ende die Taliban wieder die volle Herrschaft in Afghanistan haben.

Zu meinen Fragen - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Entschuldigen Sie, Herr Abgeordneter, wenn ich das - halten Sie mal bitte die Zeit an - festhalten darf. Ich kann eigentlich nicht erkennen sozusagen, was das mit dem Zeugen zu tun hat, was Sie gerade vorgetragen haben.

Gerold Otten (AfD): Das ist die Einleitung zu meinen Fragen, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ja, gut, ich will Sie nur darauf hinweisen, dass wir uns weder nachrichtendienstlich befassen mit unseren Verbündeten noch mit dem, was die Bundesregierung in ihren politischen Erörterungen vor Entscheidungen macht. Deswegen kann ich diesen längeren Vorhalt, den Sie gerade gemacht haben,

nicht einordnen, was er mit dem Zeugen zu tun hat.

Gerold Otten (AfD): Ich betone nochmals, dass das als Einleitung zu meinen Fragen dient.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielleicht haben Ihre Fragen ja was damit zu tun; aber ich wollte Sie das nur wissen lassen.

Gerold Otten (AfD): Jawohl. Ich danke Ihnen. - Herr Doktor, können Sie uns bitte darlegen, wie weit Deutschland für das Doha-Abkommen verantwortlich zeichnet und was genau der Beitrag Deutschlands dazu war? Und wissen Sie, ob die Bundesregierung, namentlich der Minister Maas, dann entsprechend mit den Inhalten dieser Vorabversion Doha einverstanden war oder wieweit er diese Vorabversion politisch mittrug? Was können Sie uns über die Inhalte dieser Vorabversion des Abkommens sagen?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Entschuldigung, ich glaube, ich kann die Frage nicht zulassen. Das hat mit dem Zeugen und der Aussagegenehmigung, die wir bekommen haben für das, wofür der Zeuge zuständig ist, wirklich nichts zu tun.

Gerold Otten (AfD): Gut. - Dann kommen wir zu einer anderen Frage.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich weiß nicht, ob die Bundesregierung das anders sieht; aber ich kann mir das schwer vorstellen.

(ORR Michael Steppan
(BKAm) schüttelt den
Kopf - Heiterkeit)

Gerold Otten (AfD): Wenn Sie das so sehen, dann nehme ich das mal entsprechend zur Kenntnis. - Dann geht es um einen anderen Punkt. Entsprechend die Prognosen des BND sind ja schon angesprochen worden, die ja auch relativ pessimistisch waren. Ihr Kollege Herr W. hat uns hier im Januar mitgeteilt, dass der BND bereits im Jahr 2013 der Bundesregierung dargelegt habe, dass ... (akustisch unverständlich) bei einer sich verringernden westlichen Unterstützung der afghanischen Sicherheitskräfte nicht in der Lage sein



Nichtöffentlich

würde, die Republik gegen die Taliban zu verteidigen. Weiter hatte der BND schon im Jahr 2016 eine deutliche Motivationssenkung unter den Streitkräften dort feststellen können. Und ferner liegt uns ein von Ihrer Einheit LBA verfasstes Vorbereitungspapier für Präsident Kahl anlässlich dessen Gespräch mit Staatssekretär Geismann im Dezember 2020 vor. Und hierin hieß es, wie ich zitiere:

- BND hat **sehr früh** auf die **Defizite bei der Leistungsfähigkeit** der ANDSF

- afghanischen Sicherheitskräfte -

in die BE

- in den Bereichen -

hingewiesen - auch als das BMVg noch eher die Fortschritte durch die Ausbildungsunterstützung betonte. Seit 2018 **thematisiert** der BND **immer wieder** die **fortschreitende Erosion** der ANDSF.

- afghanischen Sicherheitskräfte - - dass es nach 18 eben auch noch entsprechende Stimmen innerhalb des BMVg waren, die diese pessimistische Beurteilung des BND nicht geteilt haben. Das soll auf einer Besprechung - auch Staatssekretäre - eben zu einem entsprechend sehr gravierenden Streit über die unterschiedlichen Bewertungen der Lage gekommen sein.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Entschuldigen Sie, Herr Zeuge. - Sie sind hier nicht so oft; deswegen will ich das in aller Ruhe formulieren. Der Zweck dieser Untersuchung des Untersuchungsausschusses besteht darin, dass wir den Zeugen Fragen stellen, -

Gerold Otten (AfD): Genau.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: - Fragen, die was zu tun haben mit ihrer Aussagegenehmigung, -

Gerold Otten (AfD): Genau.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: - mit ihrer Tätigkeit und mit ihrem Kenntnisstand. Sie können Ihre Zeit auch nutzen, Vorlesungen zu halten. Aber das ist weder für Sie nützlich und für uns nicht ersprießlich und zwingt mich dazu, ständig die Zeit anzuhalten. Deshalb wäre ich dankbar, wenn Sie zu dem Verfahren zurückkehren würden, konkrete Fragen zu stellen an den Zeugen, die was zu tun haben mit seiner Tätigkeit, mit seiner Aussagegenehmigung und mit den Dingen, die da beurteilt werden können.

Weil Sie nicht so oft hier sind, will ich darauf hinweisen: Wir haben hier mehrfach die Frage erörtert, dass zum Beispiel Erwägungen von Verbündeten oder Meinungsbildung innerhalb der Bundesregierung jedenfalls nicht als Gegenstand der Dinge sind, mit denen sich der BND befasst und auch bitte nicht befassen sollte, wenn ich das richtig sehe. Und deswegen ist vieles, was Sie hier vorgetragen haben, wirklich außerhalb dessen. Und meine Bitte wäre, dass Sie sich auf konkrete Fragen fokussieren, die damit was zu tun haben.

Gerold Otten (AfD): Herr Vorsitzender, ich bin heute zum ersten Mal in diesem Ausschuss, habe aber selber schon einen Untersuchungsausschuss als vollwertiges Mitglied mitgemacht und weiß also sicherlich, wie das Prozedere hier ist.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das habe ich nicht gemerkt, aber vielleicht können Sie das ja versuchen anzuwenden.

Gerold Otten (AfD): Wenn sich Ihnen das nicht erschlossen hat: Ich habe da eine andere Herangehensweise als Sie. - Zu der Frage, zu dem Punkt: Ich habe gerade auf dieses Streitgespräch hingewiesen. Was können Sie uns über diesen Streit sagen und die optimistische Sichtweise des BMVg-Referats SE II 1? Und das ist ja mehrfach deutlich geworden, also in diesen Gesprächen, dass es da Differenzen gibt in der Einschätzung. Können Sie das etwas ausführen?

Zeuge Dr. S. R.: Herr Abgeordneter, ich müsste jetzt das Dokument sehen. Könnte ich es einmal sehen?



Nichtöffentlich

Gerold Otten (AfD): Also, es geht - - Laut MAT A BMVg-3.166 VS-NfD, Blatt 45 vom Januar 2020 - -

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Zeuge Dr. S. R.: Vielen Dank. - Ja, Herr Abgeordneter, vielen Dank. - Das war in der Tat eine Diskussion, wobei ich dieses Schriftstück nicht kenne, weil es ja eine interne Diskussion im Bundesministerium der Verteidigung war. Aber als ich die Referatsführung im Herbst, im August, 2019, übernahm, war genau das der Streitpunkt: die Frage der Wirksamkeit des deutschen Ausbildungsengagements für die afghanischen Streitkräfte. Und ohne die deutschen Leistungen zu schmälern, die Leistungen deutscher Soldatinnen und Soldaten zu schmälern, waren wir der Ansicht, dass diese Maßnahmen eben nicht nachhaltig sind und nicht dazu führen werden, dass die Raumkontrolle der Taliban zurückgedrängt wird. Das wurde bestritten. Ich erinnere mich selber noch an eine Diskussion in einer Vorbereitungsrunde zu einer Staatssekretärsrunde. Die hat sich im Laufe des Jahres 2021 dann geändert, zumal damals auch dann absehbar war, jedenfalls mit dem BMVg damals, der Abzug schon absehbar war.

Gerold Otten (AfD): Haben Sie denn eine Meinung dazu, was die Ursache war, aufseiten des BMVg diese Ausbildungsunterstützung so positiv zu bewerten? Und warum sind Sie eigentlich im Gegensatz zu dem Zeitpunkt oder eigentlich schon zu einem früheren Zeitpunkt, sehr viel früheren Zeitpunkt zu dieser Einschätzung gekommen, dass das wohl nicht so zielführend ist?

Zeuge Dr. S. R.: Ich kann da eigentlich nur spekulieren. Ich denke, das verbietet sich hier. Es ist allerdings insgesamt ja ein Vorteil des Bundesnachrichtendienstes, dass wir eben Aufkommen aus ganz unterschiedlichen Aufkommensarten haben. Das heißt, wir lesen nicht nur Berichte von deutschen Kräften; wir lesen nicht nur Berichte, lasen damals nicht nur Berichte von afghanischen Kräften und auch nicht nur von ausländischen Partnern, sondern wir haben auch eigenes nachrichtendienstliches Aufkommen, mit

nachrichtendienstlichen Methoden gewonnenes Aufkommen, aus dem sich dann die Gesamtlage ergibt. Und da kommt das dann vor, dass wir aus unserer Sicht ein solideres Lagebild haben als andere.

Gerold Otten (AfD): Okay. Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Damit ist die Zeit vorbei. Und das Fragerecht wechselt zur FDP-Fraktion. Frau Kollegin Dr. Jurisch.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Schönen guten Tag auch von meiner Seite! - Ich möchte mit Ihnen gerne über das Lagebild und das Informationsaufkommen sprechen. Wie würden Sie denn das Informationsaufkommen zur Sicherheitslage in Afghanistan Ende Juli/Anfang August 2021 beschreiben?

Zeuge Dr. S. R.: Auch hier - ich bitte um Verzeihung - benötige ich eine Beratung.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann unterbrechen wir. Und wir halten bitte die Uhr an.

Zeuge Dr. S. R.: Danke schön.

(Der Zeuge berät sich mit
seinem Rechtsbeistand)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Bitte schön.

Zeuge Dr. S. R.: Danke schön. Ich wollte nicht unterbrechen. - Generell war das Aufkommen damals insbesondere zur Sicherheitslage außerhalb von Kabul deutlich zurückgegangen. Ja.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): In MAT A BND-3.202 VS-NfD, Blatt 143 bis 144 liegt uns ein Schreiben des Sachgebietsleiters LBBC an den Sachgebietsleiter LBAE vor. Darin wird Bezug genommen auf ein Koordinierungsgespräch vom 3. August 2021, in welchem LBAE einen Mehrbedarf an Informationen über die Lage an Grenzübergängen in Provinzzentren und auf Hauptverkehrsrouten angemeldet hat. - War Ihnen das bewusst, dass es in Ihrem Referat diesen Mehrbedarf zu diesem Zeitpunkt gab?



Nichtöffentlich

Zeuge Dr. S. R.: Zu diesem Zeitpunkt - - Von wann ist das, wenn ich noch mal nachfragen darf?

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): 3. August.

Zeuge Dr. S. R.: Und die Mail war auch vom 3. August, mit dem Mehrbedarf?

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Die ist vom 5. August gewesen.

Zeuge Dr. S. R.: Okay, gut. - Also, ich war damals in Urlaub vom 9. Juli nach Dienst bis zum 9. August zum Dienst, wie man bei uns sagt. Allerdings war das das, was wir erwartet hatten, dieser Rückgang des Informationsaufkommens im Zuge des Abzugs der Bundeswehr und der Präsenz, der deutschen Präsenz auch eben im Norden.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): In dem jetzt erwähnten Schreiben, das ja vom 5. August stammt, wie gesagt, bittet LBBC um Priorisierung und Präzisierung der Aufklärungswünsche, damit diese besser an die NDVen gesteuert werden könnten. Diese Information bittet LBBC bis spätestens Ende KW 32 zu übermitteln. Dies entspricht Freitag, dem 13. August, bzw. Sonntag, dem 15. August, als eigentlich dann ja Kabul schon an die Taliban gefallen ist. - Würden Sie sagen, dass so ein Zeitfenster von zwölf Tagen eine übliche Frist bei Ihnen im Haus ist?

Zeuge Dr. S. R.: Wenn es keinen besonderen Grund gibt, ist das eine übliche Frist, ja, zwei Wochen, Maximum natürlich, die allerdings verkürzt werden kann, und die Möglichkeit bestand ja.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Und wie würden Sie das im Lichte der damaligen Lage beurteilen, im Sinne von Dringlichkeit?

Zeuge Dr. S. R.: Ich gehe davon aus, dass der Informationsbedarf dann auch in den nächsten Tagen geäußert worden ist. Wir hatten auch eine Videokonferenz am 10. Ich war damals nicht dabei, weil ich in einer anderen wichtigen Bespre-

chung war am 10. August, an der auch LBBC beteiligt ist, die von Ihnen genannte Dienststelle. Ich gehe davon aus, dass der Informationsbedarf da auch geäußert worden ist, spätestens da. Man muss aber auch sehen: Am 5. August war das erste Anzeichen für eine Dynamisierung der Entwicklung noch nicht eingetreten. Das war die Einnahme von Kunduz am 6. August. Grundsätzlich wurde aufgrund der Einnahme von Grenzübergängen im Zuge des Juli davon ausgegangen, dass es schneller geht. Aber dieses dominosteinartige Fallen von Provinzhauptstädten war damals noch nicht eingetreten. Daher erkläre ich mir diese Fristsetzung.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Am 13. August hat sich dann der Sachgebietsleiter LBAE, der Herr O. W., bei einem seiner Kollegen erkundigt, ob man in dem Fall der oben angesprochenen Priorisierung bereits etwas an LBBC gesendet habe. Ich zitiere: „Haben wir da was geschickt?“ Würden Sie sagen, dass der Sachgebietsleiter den Stand bei einem derartigen Vorgang und besonders im Kontext der sich verschärfenden Lage auf dem Schirm haben sollte?

Zeuge Dr. S. R.: Ich gehe davon aus, dass der Bedarf auf verschiedenen Kanälen gelaufen - - geäußert worden ist. Wir stehen und standen immer in einem ständigen Austausch mit unseren Kolleginnen und Kollegen intern bei uns in der Abteilung. Und es gibt Aufträge, wo man davon ausgeht, dass sie geäußert worden sind. Insofern: Wenn man einen Auftrag gibt, dann geht man davon aus, dass er ausgeführt wird.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Sie haben ja gerade gesagt, dass eben zwischen dem 5. August und dem erwähnten 13. August schon Kippunkte eingetreten sind, also sozusagen die Lage sich verschärft hat - das haben Sie jetzt nicht gesagt -, aber in der Zeit natürlich das Informationsaufkommen - - der Informationsbedarf sich wahrscheinlich dann noch, vermute ich, mal weiter gesteigert haben müsste. Wie kann man das zusammenbringen?

Zeuge Dr. S. R.: Also erstens. Der erste Kippunkt trat am 13. August ein. Wir erfuhren davon am Abend oder am späten Nachmittag. Aber wir



Nichtöffentlich

hatten damals eine Dynamisierung der Lage. Deshalb gehe ich davon aus, dass der Informationsbedarf mehrfach, wenn nicht schriftlich, dann eben mündlich geäußert worden ist von unseren Auswerterinnen an ihre Kolleginnen und Kollegen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Die E-Mail „Haben wir ... was geschickt?“ war übrigens von 15.51 Uhr. Vielleicht war das dann auch Auslöser. Aber das ist natürlich nur eine Mutmaßung

Am 9. August 2021 wurde Ihr Referat gebeten, einen am 6. August von der deutschen Botschaft erstellten Drahtbericht zu kommentieren. Haben Sie diesen Drahtbericht zufällig gelesen? Und was war Ihre persönliche Einschätzung des Berichts? Sollen wir Ihnen den vorlegen?

Zeuge Dr. S. R.: Ja, den würde ich gerne sehen, -

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Gerne.

Zeuge Dr. S. R.: - um Missverständnisse zu vermeiden.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): MAT A BND-3.184 VS-NfD, Blatt 128.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
nimmt Einblick)

Zeuge Dr. S. R.: Danke schön. - Und was ich jetzt hier habe, ist der Entwurf der Stellungnahme zu dem Drahtbericht, nicht der Drahtbericht selber.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Genau. Das ist MAT A BND-3.184 VS-NfD, Blatt 147.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
nimmt Einblick)

Zeuge Dr. S. R.: Danke schön. - Auch das ist nicht der Drahtbericht.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Das ist nicht der Drahtbericht?

Zeuge Dr. S. R.: Nein, -

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Okay. Sorry, dann habe ich Ihnen das jetzt gerade falsch gegeben.

Zeuge Dr. S. R.: - das ist etwas anderes.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Tut mir leid. Ja, gut. Genau, das ist es, was auch in der Presse unter Haber-DKOR läuft. - In der Antwort Ihres Referats stand am Ende unter anderem folgende Einschätzung:

- Die in den Gesprächen teilweise alarmistischen Lageeinschätzungen werden durch LBA nicht geteilt.

Können Sie uns erläutern, welche der Aspekte der Berichterstattung damals als alarmistisch erschienen?

LR I Andreas Gloßner (AA): Entschuldigung, der DKOR ist allerdings nicht VS-NfD, sondern VS-V; deswegen müssten wir entsprechend - -

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Über den reden wir ja gar nicht, sondern wir reden ja nur über das, was alarmistisch ist.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das ist akustisch nicht verständlich, der Austausch.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ja.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Die Bundesregierung, bitte schön. Die Bundesregierung hat das Wort.

LR I Andreas Gloßner (AA): Entschuldigung. Genau. Ich habe leider die MAT-Nummer nicht so schnell mitbekommen. Wenn das allerdings sozusagen der sogenannte Haber-DKOR ist, dann ist der als VS-Vertraulich eingestuft. Deswegen müssten wir bei den Inhalten, also falls es in die Details geht, dann in eingestufte Sitzung gehen, also wenn es wirklich dieser DKOR ist.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ich beziehe mich ja hier nur auf die Antwort des Referats,



Nichtöffentlich

und da steht unten dran - und das ist eben VS-NfD - folgende Einschätzung:

- Die in den Gesprächen teilweise alarmistischen Lageeinschätzungen werden durch LBA nicht geteilt.

Da ist meine Frage einfach, welche Aspekte der Berichterstattung als alarmistisch erschienen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Im Rahmen dessen, was wir hier erörtern können. Bitte schön.

Zeuge Dr. S. R.: Insbesondere - nach meiner Erinnerung - waren es in dem Bericht - - die im Bericht geäußerten Zeitlinien, aber auch Feststellungen, wenn ich das richtig in Erinnerung habe - aber dafür müsste ich eben den Bericht sehen - zum möglichen Verhalten der Taliban.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP) Gut, das können wir dann nachher weiter besprechen. - Danke. Dann bin ich fertig.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann geht jetzt die Frage an die Kollegin Büniger.

Clara Büniger (DIE LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Vielen Dank Herr Zeuge, dass Sie hier sind. - Ich würde dann noch eine anschließende Frage an das, was meine Kollegin jetzt gefragt hat, zu dem Alarmistischen - - Da hatten Sie jetzt geantwortet: Es ging um die Zeitlinien, dass Sie das als alarmistisch eingesehen haben. - Haben Sie im Nachgang das dann revidiert? Haben Sie dann darüber mal gesprochen, dass es vielleicht eine Fehleinschätzung war, die dort getroffen wurde?

Zeuge Dr. S. R.: Ja, das haben wir getan, weil wir im Herbst 2021, auch Mitarbeiter von mir, auch das gesamte Aufkommen retrograd durchgegangen sind, ob sich da etwas findet, aufgrund dessen wir zu einer anderen Einschätzung hätten kommen müssen. Das haben wir nicht gefunden.

Clara Büniger (DIE LINKE): Können Sie dann noch kurz sagen, was Ihr Ergebnis aus dieser Evaluation war?

Zeuge Dr. S. R.: Das Ergebnis unserer eigenen Evaluation war, dass etwas Unerwartetes eingetreten ist, was wir eben für unwahrscheinlich hielten, nämlich die vorzeitige Evakuierung der Green Zone.

Clara Büniger (DIE LINKE): Okay. - Dann würde ich jetzt zu einem anderen Komplex kommen, nämlich zu den Ortskräften. Und meine Frage an Sie bezüglich der Gefährdungssituation der Ortskräfte mit der Machtübernahme: Da würde es mich interessieren, ob es auch zu den grundsätzlichen Aufgaben des Referats gehörte, Einschätzungen zur Gefahrenlage abzugeben.

Zeuge Dr. S. R.: Einschätzungen - darf ich nachfragen? - wozu genau?

Clara Büniger (DIE LINKE): Für die Ortskräfte.

Zeuge Dr. S. R.: Das war ein Thema, das im Frühjahr 2021 identifiziert worden ist. Es gab dann eine Erkenntnisanfrage des Bundesministeriums für Verteidigung, die wir beantwortet haben, aber dann eben bewusst nicht nur gegenüber dem Bundesministerium der Verteidigung, sondern gegenüber allen betroffenen Ressorts.

Clara Büniger (DIE LINKE): Okay. Darauf kommen wir vielleicht auch später noch zu sprechen. - Wie häufig ist denn in der Regel - - Wie häufig ist das vorgekommen, dass Sie Einschätzungen abgeben? War das jetzt das erste Mal, das einzige Mal, wo Sie dann so eine Einschätzung abgegeben haben?

Zeuge Dr. S. R.: Es gab auch schon seit 2020 Ressortbesprechungen zu der Frage. Auch da wurden mündliche Einschätzungen angegeben. Wir waren aber dann dankbar ob dieser Anfrage, dass wir das dann eben auch noch mal schriftlich gemacht haben.

Grundsätzlich haben wir regelmäßig die Gefahr angegeben in einzelnen Landesteilen Afghanistans, sowohl für die afghanischen Sicherheitskräfte und Angehörige der Regierung wie auch für Angehörige der westlichen Staaten und der internationalen Militärkoalition. Das ist die sogenannte Bedrohungslage. Die Ortskräfte liegen



Nichtöffentlich

jetzt dazwischen gewissermaßen. Aber nach unserer Einschätzung war es eben so, dass die Ortskräfte letztendlich von der militärischen Gegenseite als Teil der - in Anführungsstrichen - „Besatzer“ gesehen werden und darunter dann eben auch in diese Bedrohungseinschätzung fielen.

Clara Bünger (DIE LINKE): Also gehörte das zu Ihren Standardaufgaben sozusagen?

Zeuge Dr. S. R.: Nicht explizit. Es war vorher nicht explizit nach einer Gefährdungseinschätzung gefragt. Wir können die auch nicht individuell vornehmen, wenn wir keine weiteren Erkenntnisse zu der Person haben. Aber diese generelle Einschätzung haben wir dann auf Anfragen vorgenommen und war dann auch danach verschiedentlich Teil unserer Berichterstattung.

Clara Bünger (DIE LINKE): Und das war dann quasi also mit Beschluss des Doha-Abkommens, also zeitlich lag das dann da?

Zeuge Dr. S. R.: Also, diese Anfrage, das war ein Jahr danach, das war im März 2021, und wir haben dann noch im März darauf geantwortet.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Jetzt ist das Frage-recht wieder zu Ende.

Clara Bünger (DIE LINKE): Okay.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Und ich unterbreche kurz die Sitzung und bitte die Obleute, mal kurz zu mir zu kommen.

(Unterbrechung von
18.46 bis 18.50 Uhr)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir setzen die Sitzung fort. - Und das Wort in der zweiten Runde beginnt bei der SPD-Fraktion. Der Kollege Nürnberger hat das Fragerecht.

Jörg Nürnberger (SPD): Sehr geehrter Herr Zeuge, ich möchte Sie in der zweiten Runde anschließend an unsere vorherigen Fragen bitten, mir darzustellen, ob diese Kippunkte, die der Zeuge O. W. uns hier genannt hat - und ich darf sie nicht wörtlich, aber dem Sinn nach zitieren aus

dem vorläufigen Stenografischen Protokoll 20/22 II, Seiten 23 und 24 -, dem entsprechen, was Sie auch wahrgenommen haben.

Der erste Kippunkt ist die Isolierung Kabuls durch die Taliban. Punkt zwei: die Einnahme eines der Provinzzentren. Sie haben ja vorhin angegeben, das Provinzzentrum Pul-i-Alam in der Provinz Lugal wurde dann bereits kurz danach eingenommen. Der vollständige Abzug der US-Streitkräfte - Kräfte, nicht Streitkräfte, Kräfte -, Abzug der Botschaften der internationalen Gemeinschaft aus Kabul und die Absetzbewegung der Führung Afghanistans und des Präsidenten. Entspricht das dem, wie Sie die Kippunkte damals auch wahrgenommen haben?

Zeuge Dr. S. R.: Ja.

Jörg Nürnberger (SPD): Weil mir stellt sich dann in diesem Zusammenhang die Frage: War das ein einzelnes Vorgehen des BND, in dieser Situation diese Kippunkte zu definieren, oder ist das gängige Praxis eines Nachrichtendienstes, solche Kippunkte in die Bewertung einzubeziehen?

Zeuge Dr. S. R.: Das Wort „Kippunkte“ kommt ja aus der Klimawissenschaft, oder wir haben es wahrscheinlich daraus entnommen. Es ist so, wie wir es hatten, im BND keine Praxis gewesen; das kann ich sagen letztendlich. Das Wort wurde so erstmals verwendet durch meine Mitarbeiter im Juli 2021. Aber eben die Identifizierung von Indikatoren für bestimmte Entwicklungen, das ist nachrichtendienstliche Praxis, ja.

Jörg Nürnberger (SPD): Ich kann mich an die lange zurückliegende Vergangenheit aus dem Kalten Krieg erinnern. Da hat die Sowjetunion versucht, anhand der Indikatoren „Lagerhaltung von Schweinehälften in der westlichen Welt“ ein Anzeichen zu erkennen, ob ein Atomkrieg bevorsteht. Diese Indikatoren waren damals nicht besonders hilfreich. Was hat Sie denn als Dienst dazu geführt, von diesem Begriff der Indikatoren, die ja, wie ich gerade dargestellt habe, so oder so wirksam oder unwirksam sein können, eben diesen neuen Begriff „Kippunkte“ einzuführen? Wollten Sie da mehr Verständlichkeit bei Ihren



Nichtöffentlich

Adressaten erreichen? Oder was war die Motivation und der Grund, diese neue Terminologie einzuführen?

Zeuge Dr. S. R.: Ich weiß es nicht genau, muss ich sagen. Ich denke, es hat damit zu tun, dass damals ja auch im Zuge der Flutkatastrophe in Deutschland viel über Klima in den Medien war und wir im Zuge von Diskussionen in meinem Bereich über Indikatoren für das Eintreten bestimmter Szenarien auf diesen Begriff umgeschwenkt sind, um eben ähnlich wie in der Klimaforschung deutlich zu machen: Hier ist ein Punkt erreicht, wo es kein Zurück mehr gibt. Das ist ja die Definition von Tipping Point oder Kippunkt.

Ich kann mich erinnern an den 10. August - - war ich morgens in einer Besprechung, Lagebesprechung, mit unserer Leitung. Wir haben da vorgelesen auch eben unsere Einschätzung, auch dass wir eine zeitnahe militärische Einnahme Kabuls durch die Taliban für unwahrscheinlich halten. Und im Rausgehen kam ein ehemaliger Chef auf mich zu und sagte: Ja, aber man muss doch sogenannte Kippunkte, man muss doch Kippunkte definieren, wodurch es dann schneller gehen kann. - Ich sage: Ja, das machen wir im Rahmen eben unserer Szenarienanalyse. - Und dann bin ich auf meine Dienststelle - - Da kam mir der Zeuge O. W. entgegen, und ich sagte ihm: Wir sollten schnell - - Und da sagte er: Ja, ich weiß, Kippunkte definieren. - Also, das Wort war damals in aller Munde. Und am selben Tag noch haben wir das dann gemacht in einer Gruppenbesprechung quasi durch Schwarmintelligenz.

Jörg Nürnberger (SPD): Es ist nicht notwendig, weiter auf diesem Punkt herumzureiten. Aber teilen Sie meine Einschätzung, dass es auch eine Maßnahme war, um nicht nur die Plastizität Ihrer Begrifflichkeit, sondern auch die Verständlichkeit Ihrer Aussagen für Ihre Abnehmer zu erhöhen? Und in dem Zusammenhang auch die Frage: Ist es denn üblich, zumindest die politischen Kreise, die nicht Teil der Intel-Community sind, bevor sie erstmals mit Berichten aus Ihrem Hause konfrontiert werden, darauf hinzuweisen und ihnen zu erklären, wie denn bestimmte Plausi-

bilitätsanforderungen, bestimmte Wahrscheinlichkeitsszenarien, in der Realität zu verstehen sind? Weil das ist, glaube ich, eines der Defizite, die wir bislang identifiziert haben, dass ein Unbedarfter - - nicht aus dem Fachbereich der Nachrichtendienste stammende Person Schwierigkeiten hat, diese Begrifflichkeiten so zu verstehen, dass er sie vernünftig in politisches Handeln und Lageeinschätzungen umsetzen kann.

Zeuge Dr. S. R.: Zum ersten Teil: Ich teile Ihre Einschätzung. Genau dem sollte das dienen, die Verständlichkeit zu erhöhen. Und auch zum zweiten: Ja, ich halte es für wichtig, dass man das erklärt, wie man darauf kommt, und sehe das auch durchaus als ein Desiderat, ja.

Jörg Nürnberger (SPD): War denn dann auch diese Matrix, die quasi linear die Wahrscheinlichkeit bewertet hat, insofern unzureichend, als sie nicht reflektiert hat, welche Auswirkungen im politischen oder auch im sicherheitspolitischen Sinne das Eintreten des bestimmten Ereignisses dann tatsächlich haben kann? Also, ich beziehe mich da auf die Risikoeinschätzung und -bewertung zum Beispiel in der Versicherungswirtschaft, die sagt, wenn ich eine hohe Eintrittswahrscheinlichkeit habe, aber das Schadensereignis, das eintreten kann, ein lapidarer - können wir beinahe militärisch sagen - Kollateralschaden ist - der hat ein paar Euro gekostet -, dann kann ich die Versicherungsprämie relativ niedrig halten, auch wenn die Wahrscheinlichkeit hoch ist; und umgekehrt - ich darf das Beispiel vom Kollegen Stegner verwenden -, wenn die Eintrittswahrscheinlichkeit niedrig ist, aber der größtmögliche denkbare Schaden eintritt, dann ist die Versicherungsprämie hoch und dementsprechend umgemünzt auf die Tätigkeit eines Nachrichtendienstes die Notwendigkeit, die politische Führung über die möglichen Konsequenzen auch bei niedriger Wahrscheinlichkeit sehr intensiv hinzuweisen.

Zeuge Dr. S. R.: Also genau das haben wir ja in der Krisenstabssitzung getan, indem wir diese Kippunkte dann eben dargelegt haben am 13. August. Die Vizepräsidentin des BND hat vorweggenommen: Wir haben eine Einschätzung; aber es gibt auch Kippunkte, wodurch es eben



Nichtöffentlich

schneller kommen könnte, als wir das sehen. - Herr O. W. hat das dargelegt, und ich dann - - am Ende abschließend darauf hingewiesen. Das diene eben dazu, diese Gefahr, dass es sehr viel schneller gehen kann und was dann eben eintritt, nämlich die Einnahme Kabuls, deutlich zu machen, plastisch zu machen.

Ich sehe aber auch, dass diese Wahrscheinlichkeitsskala ein Defizit hat, und das ist eine der Lehren, die mein Bereich, die wir gezogen haben, dass es Sinn macht, eben auch Zahlen - - das mit Zahlenwerten zu hinterlegen. Wenn ich sage, mit einer Wahrscheinlichkeit von 20 bis 50 Prozent kommt die Einnahme Kabuls in kürzester Zeit, innerhalb von 0 bis 30 Tagen: Das wirkt anders, denke ich mal, auf Zuhörer/-innen, als wenn wir sagen, ist eher unwahrscheinlich.

Jörg Nürnberger (SPD): Auch auf die Gefahr hin, dass Sie die Frage als provokativ empfinden: Aber warum war es Ihnen nicht möglich, das bereits irgendwann zu einem Zeitpunkt vorher im Untersuchungszeitraum in Ihre Methodologie einzuführen? Man hätte das ja auch theoretisch im Jahr 2019, 2020, 2021 machen können. Was war der konkrete Anlass, zu sagen: Jetzt ist es aber - und in der Retrospektive betrachtet: drei Tage, bevor das Kind ganz tief in den Brunnen gefallen ist - notwendig, Kipppunkte einzuführen?

Zeuge Dr. S. R.: Das war eben genau diese Entwicklung, die Dynamisierung der Lage durch die Einnahme von Provinzzentren. Diese Dynamisierung hatte mit dem 6. August begonnen, mit der Einnahme von Kunduz. Das war das erste Provinzzentrum, das möglicherweise dauerhaft eingenommen worden war. Kunduz war ja schon mal in der Vergangenheit eingenommen worden, aber sehr schnell wieder zurückerobert worden, was wir damals auch nicht völlig ausschlossen dann ab dem 9. August, dass es noch mal wieder eingenommen werden kann. Aber wir sahen dann ja alsbald, dass weitere Provinzzentren eingenommen worden sind. Und das hat uns dazu geführt, ebendiese Kipppunkte zu benennen. Das war in der Diskussion auch schon vorher. Auch das Wort kursierte ja offenbar schon in meinem

Bereich. Und das ist damit vorweggenommen worden.

Jörg Nürnberger (SPD): Um das noch etwas zu konkretisieren: Sie haben selber auf diese Krisensitzung rekurriert, am 13. August; Sie sind dort als Dr. R. bezeichnet - ich nehme an, das sind Sie -; MAT A BKA-2.149 VS-NfD. Dort wird im Ergebnisvermerk im Auswärtigen Amt, wieder die gleiche MAT-Nummer, zu dieser Sitzung die Position des BND wie folgt festgehalten:

Lagevortrag: TLB-Führung

- Taliban -

derzeit kein Interesse an ... Einnahme Kabuls, aber Einfluss auf mil. Operationsführung der TLB nicht uneingeschränkt gegeben; Übernahme Kabuls durch TLB vor 11.9.

- die 30 Tage, die Sie erwähnt haben -

eher unwahrscheinlich. Vollständiger mil. Abzug der IG,

- internationalen Gemeinschaft -

diplom. Absetzbewegungen oder Ausreise der AFG Eliten würden - -

Der Satz ist unvollendet. - Die zitierte Passage war dann in der öffentlichen Berichterstattung immer wieder Anlass für harte Kritik am BND. Wie haben Sie diese Krisenstabssitzung tatsächlich wahrgenommen? Und wurde der Beitrag des BND, so wie ich ihn jetzt zitiert habe, im Protokoll richtig wiedergegeben? Haben Sie auch persönlich vorgetragen? Und wie haben Sie das selber wahrgenommen?

Zeuge Dr. S. R.: Zum ersten Teil Ihrer Frage. Wahrgenommen habe ich das so, dass etwas eingeleitet worden ist, am Ende beschlossen worden ist, am Ende der Krisenstabssitzung, was wir für richtig hielten, nämlich die Evakuierung, die Reduzierung nicht nötigen Personals der deutschen - - nicht dringend erforderlichen Personals



Nichtöffentlich

der deutschen Botschaft einzuleiten und auch der Ortskräfte und auch anderer gefährdeter Personen, sofern man die Evakuierung wollte. Das hielten wir für richtig, weil wir hatten ja schon im März darauf hingewiesen: Spätestens mit Abzug der Bundeswehr sind diese Leute gefährdet.

Ansonsten: Ja, ich hatte, wie gesagt, einen Redebeitrag, mehrere; aber insbesondere habe ich den Vortrag BND beendet, abgebunden, indem ich diese Kippunkte noch mal deutlich benannt hatte. Und die sind hier verkürzt wiedergegeben, aber sie sind wiedergegeben. Insofern also, als ich das Protokoll las, sage ich, das Wesentliche steht jetzt in ausreichendem Maße drin.

Jörg Nürnberger (SPD): Um noch mal ganz konkret zu werden: Haben Sie kommuniziert, ganz ausdrücklich, dass bei Erreichen eines dieser Kippunkte Kabul innerhalb der nächsten 30 Tage tatsächlich an die Taliban fallen kann?

Zeuge Dr. S. R.: Ja, das haben wir kommuniziert, obwohl mein Stellvertreter O. W. wie auch ich - - habe gesagt - ich habe die genaue Formulierung nicht mehr erinnern können -, dass es sehr viel schneller gehen kann. Das war uns schon wichtig, das zu sagen.

Jörg Nürnberger (SPD): Können Sie die Reaktionen der anderen Teilnehmer auf diese doch die Einschätzung sehr tiefgreifend verändernde Aussage für uns beschreiben?

Zeuge Dr. S. R.: Ja, wie gesagt, die erste Stellungnahme kam meiner Erinnerung nach vom Gesandten der deutschen Botschaft in Kabul, Herr van Thiel, der Widerspruch äußerte, wobei ich da den Eindruck hatte, er hat das mit den Kippunkten nicht mitbekommen, sondern - -

Jörg Nürnberger (SPD): Das war ja auch neu. Das war ja was ganz Ungewöhnliches, was der BND über Jahre hinweg so nicht kommuniziert hat.

Zeuge Dr. S. R.: Das mag sein, aber zumindest das Wort habe ich so vorher nicht gesehen bei uns; aber trotzdem haben wir es deutlich gesagt, sowohl die Vizepräsidentin wie auch mein Stellvertreter wie auch ich, aber er hob ab eben auf

die Bewertung „eher unwahrscheinlich“. Und später hatte ich auch noch einen kurzen Redebeitrag.

Jörg Nürnberger (SPD): Wir haben das vorhin bereits angesprochen, und Sie haben es auch bestätigt: Das Provinzzentrum Pul-i-Alam in der Provinz Lugal fiel am 13. August in die Hände der Taliban. Sie haben Kunduz erwähnt. Jedenfalls bei einer der beiden oder mit beiden Städten zusammen wurde der erste Kippunkt erreicht. Wann haben Sie eigentlich davon erfahren, dass dieser Kippunkt eingetreten ist?

Zeuge Dr. S. R.: Das war an diesem Freitagabend, ja. Und das war der Anlass dafür, dass mein Stellvertreter mir sagte, wir werden morgen hier mit einem Kernteam vor Ort sein und die weitere Lage beobachten.

Jörg Nürnberger (SPD): Haben Sie das Eintreten des Kipppunkts, nachdem Sie es nach der Sitzung des Krisenstabes erfahren haben, wenn ich das richtig -

Zeuge Dr. S. R.: Ja.

Jörg Nürnberger (SPD): - in der zeitlichen Reihenfolge habe, sofort weitertransportiert an Ihre Bedarfsträger, oder war da eine zeitliche Verzögerung?

Zeuge Dr. S. R.: Nein, das haben wir nicht getan. Wir hielten es für ausreichend, dass wir eben diese Kippunkte benannt hatten und dann eben die Schlussfolgerung jeder selber treffen kann. Im Nachgang, heute, würde ich sagen, wir hätten sofort dazu berichten sollen. Und ob das was geändert hätte, weiß ich nicht, aber es wäre dokumentiert gewesen: Hallo -

Jörg Nürnberger (SPD): Genau.

Zeuge Dr. S. R.: - Ausrufezeichen! Der erste Kippunkt ist erreicht.

Jörg Nürnberger (SPD): Der erste Kippunkt war erreicht. Gegen Mittag am 14. August 21 erhielt der Sicherheitsberater der deutschen Botschaft in Kabul von der US-Botschaft die Nachricht, dass



Nichtöffentlich

die US-Botschaft innerhalb von 72 Stunden aus der Grünen Zone abziehen wird - ich beziehe mich auf MAT A AA-9.84 VS-NfD, Blatt 35 und 36 -, und es war ein deutlicher Hinweis darauf, dass einer der nächsten Kipppunkte bereits bevorsteht, nämlich der Abzug der internationalen Gemeinschaft aus der Grünen Zone. Amis weg, alle anderen müssen auch weggehen. Haben Sie diese Information bereits auch an diesem 14. August erhalten?

Zeuge Dr. S. R.: Nein, habe ich nicht.

Jörg Nürnberger (SPD): Wann ist Ihnen dann diese Information zugänglich geworden?

Zeuge Dr. S. R.: Am Sonntagmorgen, und zwar von unserer Residentur in Kabul.

Jörg Nürnberger (SPD): Nachdem innerhalb von wenigen Stunden auch der zweite Kipppunkt oder - ja, der zweite Kipppunkt erreicht war, haben Sie dann Ihre Bedarfsträger unverzüglich über diese Situation informiert?

Zeuge Dr. S. R.: Ja, an diesem Sonntagmorgen haben meine Leute Kontakt aufgenommen sowohl mit dem Lagezentrum des BMVg wie mit dem Einsatzführungskommando. Ich habe unsere Vizepräsidentin informiert über unseren Lagestabsoffizier. Wir planten auch, mit dem Auswärtigen Amt Kontakt aufzunehmen. Das hat auch der Lagestabsoffizier gemacht, und da war eine ND-Lage, Verzeihung, eine Krisenstabssitzung anberaumt. Wir haben daraufhin einen - - habe ich einen Sprechzettel in Auftrag gegeben bei dem Team. Wir waren ja auf der Dienststelle mit einem Kernteam insbesondere, das zuständig war für die Sicherheitslage, auch für die Gegenseite. Und in diesem Sprechzettel, in der ersten Fassung, stand: Eine sich bietende Einnahme sogar für die gewaltsame Ein- - Eine sich bietende Gelegenheit für die gewaltsame Einnahme Kabuls werden die Taliban nutzen. - Ja, das hätten wir dem Auswärtigen Amt vorgetragen in der Krisenstabssitzung. Diese Krisenstabssitzung wurde dann aber immer weiter nach hinten verschoben.

Und zudem wurde aus öffentlichen Quellen immer deutlicher dann gegen Mittag auch, dass zunächst die Taliban verkündeten: „Wir warten vor den Toren Kabuls und erwarten die Übergabe“, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, was ja auch durchaus unserer Einschätzung entsprach, dass die Taliban keinen Häuserkampf um Kabul wollen. Und dann hatte sich diese Einschätzung, die Taliban werden die sich bietende Gelegenheit nutzen, überholt, weil sie diese Gelegenheit genutzt hatten. Und dann fand der Krisenstab statt um 17.00 Uhr, meiner Erinnerung nach.

Jörg Nürnberger (SPD): Verfügen Sie über Informationen, dass in dieser Zeit, als die Taliban noch nicht nach Kabul hineingekommen sind, dass hier Verhandlungen, Gespräche zwischen den USA und den Taliban geführt wurden, dass es zu einer gewaltlosen Übergabe von Kabul kommen soll?

Zeuge Dr. S. R.: Informationen dazu hatten wir nicht, nein.

Jörg Nürnberger (SPD): Dann wäre ich an der Stelle mit meinem Zeitkontingent für jetzt durch.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dafür ist jetzt ein weiterer Kipppunkt erreicht. Die Unionsfraktion ist komplett in CSU-Hand, und die Frau Kollegin Wittmann hat das Wort.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Es gibt ja auch positive Kipppunkte. - Herr Zeuge, ich komme gleich direkt noch mal zurück auf diese Krisenstabssitzung vom 13.08. im Auswärtigen Amt, wozu ja auch ein Protokoll erstellt wurde. Und da haben Sie dann, wenn ich das richtig gesehen habe, am 26.08. dazu noch mal eine Stellungnahme abgegeben. Ich weiß nicht, ob ich Ihnen die kurz vorgeben soll. Das ist MAT-A BND-3.211 VS-NfD. Brauchen Sie vorgelegt, oder - -

Zeuge Dr. S. R.: Die würde ich gerne sehen, ja.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)



Nichtöffentlich

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Danke. - Blatt 176 bis 181 fürs Protokoll.

Zeuge Dr. S. R.: Ich möchte noch eins, wenn ich darf, -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sie dürfen.

Zeuge Dr. S. R.: - Herr Vorsitzender, zu der Frage eben von Herrn Abgeordneten Nürnberger sagen, okay? Wenn ich mich richtig erinnere, gab es aus offenen Quellen Informationen, Absichtsbekundungen, dass solche Verhandlungen stattfinden sollten; aber wir hatten keine nachrichtendienstlichen Informationen darüber. Das wollte ich noch mal klarstellen.

Jörg Nürnberger (SPD): Die Antwort nehmen wir gern zur Kenntnis.

Zeuge Dr. S. R.: Dann schaue ich mir das Dokument mal an. Jawohl, ich habe es vorliegen. Was ist Ihre Frage?

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Und Sie können sich auch so weit erinnern ungefähr an dieses Dokument?

Zeuge Dr. S. R.: Ja. Meiner Erinnerung nach handelt es sich um ein Entwurfsdokument, das ein Referent von mir gefertigt hat. Aber es steht der Briefkopf quasi meines Referates drüber, und ich kann mich an das Dokument erinnern.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Jetzt bezieht sich das Dokument ja auf ebendiese Krisenstabssitzung, und deswegen würde mich schon interessieren, warum und aus welchem Anlass Sie diesen Beitrag angefertigt oder anfertigen haben lassen und ob möglicherweise Sie auch dazu aufgefordert worden sind oder sich aufgefordert sahen.

Zeuge Dr. S. R.: Der Anlass war die öffentliche Diskussion um die Rolle des Bundesnachrichtendienstes und seine Einschätzungen auch bei der Krisenstabssitzung, also im unmittelbaren Vorfeld der Machtübernahme. Und das ist gewissermaßen als Argumentationshilfe verfasst worden ohne konkreten Auftrag, möglicherweise von mir;

ich kann mich daran nicht mehr genau erinnern. Aber es gab noch keinen kon- - Ich kann mich nicht erinnern, dass es einen konkreten Auftrag von außen dazu gab.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Aber Sie selber fanden sich offenkundig irgendwie in der Situation, dass Sie eine Argumentationshilfe geben sollten zu dieser Sitzung. Warum oder wem gegenüber insbesondere?

Zeuge Dr. S. R.: Das war in der Diskussion auch bei uns im Dienst, auch der Leitung gegenüber. Es gab ja auch ein Briefing des Präsidenten des BND sowohl im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages wie auch, glaube ich, im PKGr. Das war allerdings noch davor. Auch dafür haben wir Stellungnahmen abgegeben gegenüber unseren eigenen ... (akustisch unverständlich).

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Wenn man diese Stellungnahme aber liest, dann hat - - Diese Stellungnahme macht den Eindruck, als würden Sie da eine Rechtfertigung zu den Aussagen, die im Protokoll für den 13.08. stehen, fertigen wollen. Und das fragt mich natürlich dann weiterhin, ob denn dieses Protokoll vom 13.08. nicht mit dem BND, mit Ihnen abgestimmt worden ist oder die Wiedergabe von Ihnen so im Protokoll nicht ganz als ausreichend gesehen wird, was den BND betrifft.

Zeuge Dr. S. R.: Das Protokoll von der Krisenstabssitzung vom 13.08. war nicht mit uns abgestimmt, wie aber meiner Erfahrung nach alle Krisenstabsprotokolle nicht abgestimmt wurden, zumindest nicht mit uns, und ich glaube, das war damals auch die Praxis.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Dann wäre jetzt eine kurze Gelegenheit, einmal Ihren Beitrag aus Ihrer Sicht, wie ein Protokoll hätte vorkommen müssen für den 13.08., wiederzugeben. Ich weiß, es ist schwierig, es geht weit zurück; aber so ein paar jetzt Kernpunkte müssten angesichts dieser doch besonderen Sitzung und ihres Echos ja dann doch vielleicht für Sie vor Augen sein.

Zeuge Dr. S. R.: Nun, ich weiß, wir hatten das intern diskutiert, was ist dieses Protokoll, richtig



Nichtöffentlich

oder nicht, mit meinen Leuten. Einige meiner Leute sahen das auch kritischer, als ich das sehe. Ich hätte mir durchaus gewünscht, dass im Protokoll das Wort „Kipppunkte“ auftaucht, zumal meiner Erinnerung nach alle drei BND-Vertreter im Krisenstab das Wort genutzt hatten, eben auch verbunden mit dem Hinweis, es kann schneller gehen. Aber wie ich ja schon sagte, inhaltlich waren zwei wesentliche Kipppunkte zumindest ja da wiedergegeben, und das hielte ich für ausreichend.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Okay. - Jetzt, wenn ich das trotzdem insgesamt so sehe, dann haben wir ja diese Voraussage dieser friedlichen Übernahme, wo ja tatsächlich das Zeitfenster quasi 48 Stunden später dazu aufgegangen ist. Und jetzt würde mich aber noch mal interessieren, wann der BND der Überzeugung war, dass dieses Szenario tatsächlich auf Sie zukommen kann, und wann er dieses auf seine Abnehmer dann auch transportiert hat.

Zeuge Dr. S. R.: Wir sahen das schon am Freitag als Möglichkeit, dass, wenn einer oder mehrere Kipppunkte eintreten, dann die Taliban die Gelegenheit nutzen würden. Wir hatten das vorgesehen schon am Freitag für einen Beitrag in der sogenannten ND-Lagevorbereitung, also für die Nachrichtendienstliche Lage im Bundeskanzleramt, für Dienstag. Wir hatten es auch schon am - - Ich hatte mir das am Samstagabend nach einem Telefonat mit Zeugen O. W. auch notiert noch einmal. Wir hatten das auch in dem Entwurf des Sprechzettels für die Krisenstabssitzung. Also wir sahen das als Möglichkeit.

Unsere Einschätzung war nur eben am Freitag gewesen, dass insbesondere diese vorzeitige Räumung der Green Zone unwahrscheinlich ist, auch durchaus in Abstimmung. Wir hatten damals eine Besprechung mit den Kolleginnen und Kollegen, die aufgrund offen zugänglicher Quellen das Handeln der Partner beobachten, dass das ein unwahrscheinliches oder zumindest eher unwahrscheinliches Szenario ist, weil es ja quasi die Gefahr eines zweiten Saigon befördert hätte, und genau das wollten die Partner ja verhindern. Aber wir hatten es als Möglichkeit gesehen, und der Satz, den wir vorgesehen hatten, war: Eine

sich bietende Gelegenheit werden die Taliban nutzen.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Jetzt sagen Sie aber gerade eben - das muss ich doch noch mal nachhaken -, dass Sie das am Freitag schon gesehen haben, dass es dieses Fenster geben könnte. Und jetzt ist meine Frage: Sie hatten es im Sprechzettel, sagen Sie; wurde es im Krisenstab denn dann auch mit angesprochen oder nicht?

Zeuge Dr. S. R.: Es wäre angesprochen worden, wenn die Krisenstabssitzung, wie wir zuerst dachten, an dem Sonntagmorgen stattfindet oder -vormittag. Sie wurde dann immer weiter verschoben. Am Anfang hieß es, vormittags, und dann hieß es, glaube ich, 14 Uhr, dann 15 Uhr - sie wurde immer wieder verschoben -, war nachher 17 Uhr. Da war Kabul bereits in der Hand der Taliban, da war es zweieinhalb Stunden später, da war das schon eingetreten. Die Taliban hatten genau das getan, nämlich die sich bietende Gelegenheit genutzt.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Es kostet mich jetzt zwar Zeit, aber das ist mir jetzt wichtig. Sie sprechen aber schon vom Sprechzettel am Freitag für den Krisenstab am Freitag, 13.08., -

Zeuge Dr. S. R.: Nein.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): - und deswegen ist es mir wichtig: Haben Sie es dann dort erwähnt, oder ist Ihnen die Erkenntnis erst nach der Krisenstabssitzung gekommen?

Zeuge Dr. S. R.: Das ergibt sich ja aus den Kipppunkten. Die Kipppunkte hatten wir erwähnt. Wir hatten für - - am Freitag für die sogenannte ND-Lagevorbereitung am Montag vorgesehen, zu sagen, wir halten es nach wie vor für unwahrscheinlich, ja, dass die Amerikaner die Green Zone vorzeitig räumen; wenn es aber eintritt, dann werden die Taliban die sich bietende Gelegenheit nutzen. Sie werden keinen Häuserkampf machen gegen die ANDSF und erst recht nicht gegen die Amerikaner. Da werden sie abwarten, bis sie die Stadt dann irgendwann mal quasi



Nichtöffentlich

kampflos einnehmen können. Wenn sie aber geräumt ist, weil die Amerikaner die Green Zone verlassen haben, weil westliche Botschaften weg sind, weil auch die afghanischen Sicherheitskräfte nicht mehr - - keinen Widerstand leisten, dann werden sie diese Gelegenheit nutzen, notfalls auch sogar mit begrenzter Gewalt.

Das hätten wir - - wollten wir kommunizieren am Montag und dann, als es dann Sonntagmorgen hieß, es gibt eine Krisenstabssitzung, auch im Krisenstab. Als es dann so weit war, war diese Lage bereits eingetreten. Aber sie ergibt sich ja aus dem Eintreten der Kippunkte. Auf diese Kippunkte hatten wir in der Krisenstabssitzung am Freitagnachmittag hingewiesen.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Okay, also, das wollen Sie mir so nicht sagen, wie ich es fragen will, aber ist egal. - Hatten Sie in Ihren Kalkulationen denn miteinbezogen, dass es, wenn diese friedliche Übernahme möglich ist, also sprich die Taliban da so einen Augenblick erwischen können - und das ja dann irgendwie auch getan haben -, dass dann wesentlich weniger Truppen verlegt werden müssen und das dann wesentlich überraschender, quasi schneller eintreten könnte?

Zeuge Dr. S. R.: Das beinhalten ja genau diese Kippunkte. Wir hatten in der Krisenstabssitzung das angesprochen, dass, wenn diese Kippunkte eintreten, es dann sehr viel schneller geht und dann Kabul schneller an die Taliban fällt. Ich hoffe, das beantwortet Ihre Frage.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Sie beziehen sich ja dann auf sowohl menschliche wie auch technische Quellen, woraus Sie so Ihre Erkenntnisse auch dafür gezogen haben. Und jetzt ist für mich aber die Frage: Haben Sie da eigenes - - also eigene Quellen nutzen können, oder haben Sie diese Einschätzung aufgrund der anderen Quellen von Partnern oder Ähnlichen getroffen oder in einer Kombination von beidem?

Zeuge Dr. S. R.: Gut, das berührt den Quellenschutz. Ich benötige eine kurze Beratung, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann unterbrechen wir kurz die Sitzung.

Zeuge Dr. S. R.: Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir fahren fort.

Zeuge Dr. S. R.: Gut, also es ist wie eigentlich fast immer so, dass es sich aus dem gesamten Aufkommen speiste. Das war unsere Lagebewertung aus eigenem und auch anderem Aufkommen.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Okay. - In der Zusammenfassung wird auch gesprochen von Ansätzen, von einem „to broker the transfer“. Frage: War Ihnen dies vor allen Dingen auch zu dem Zeitpunkt bekannt, und hatten Sie Kenntnisse davon, was da unter Umständen geplant war?

Zeuge Dr. S. R.: Ganz allgemein war die Absicht bekannt, dass man eben einen geordneten Übergang verhandelt. Das hörte man auch schon vorher in den Wochen, wenn es denn mal so weit ist. Und das hielten wir auch für realistischer als eben eine überraschende Räumung der Green Zone, weil genau das eine Situation eines zweiten Saigon, wenn man so will, herbeigeführt hätte. Aber das ist ja dann genau eingetreten.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Dann hätte ich ein weiteres Dokument, aus dem das jetzt auch schon war, das ist MAT A BND-3.210 VS-NfD, Blatt 12 bis 14. Da schreiben Sie unter anderem auch, dass zu prüfen sei, inwieweit die Aussagen von Herrn van Thiel, von dem wir auch schon gesprochen haben, zu einer Anpassung der Lageeinschätzung hätten führen müssen. Und jetzt würde ich gerne wissen, wie heute Ihre Einschätzung dazu ist. Hätten Sie dieses mit einpassen müssen?

Zeuge Dr. S. R.: Meine heutige Einschätzung ist, wie ich schon sagte: Wir haben nichts gefunden, wodurch wir zu einer anderen Lageeinschätzung gekommen wären. Die Äußerungen von Herrn van Thiel sagten ja auch nicht: Am 15. August werden die Taliban Kabul einnehmen. - Er sah voraus, dass unmittelbar nach dem Abzug Kabul, die Republik zusammenbrechen wird; aber es



Nichtöffentlich

war nicht so, dass er, auch nicht in der Krisenstabssitzung, gesagt hat: Das wird jetzt sofort passieren.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Aber sahen Sie nicht eventuell die Notwendigkeit, dass Sie Ihren BND-Mitarbeiter vor Ort vielleicht das Gespräch mit Herrn van Thiel suchen lassen, ob er da belastbares Material hat oder wie er zu dieser Einschätzung kommt oder ob er es vielleicht sogar noch präzisieren könnte oder möchte?

Zeuge Dr. S. R.: Das hatte es auch schon gegeben. Das hatte es gegeben. Wir haben - - Im Juli - das hatte ich aber, da ich im Urlaub war und am 9. August wieder kam - - hat es ein offenbar ein Gespräch gegeben. Wir hatten unsere Vertreterin vor Ort darauf vorbereitet. In diesem Entwurf heißt es auch tatsächlich: Die Ortskräfteevakuierung und auch die Evakuierung oder Rückverlegung nicht erforderlichen Personals der Deutschen Botschaft halten wir für angemessen, und zwar bis spätestens bis zum 31.08. - Da stimmten wir eben durchaus zu.

In der Lage gab es Abweichungen; aber es hat Kommunikation gegeben. Es hat auch Kommunikation durch den Vertreter, den Leiter der Residentur in Kabul, gegeben. Ich hätte möglicherweise Herrn van Thiel auch angerufen in der Folgewoche. In der Woche vor dem 15.08. war es nicht meine Priorität.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Okay, diese Aussagen von Herrn van Thiel waren ja wohl auch im Auswärtigen Amt bekannt. Hatten Sie dann Kommunikation mit dem Auswärtigen Amt auch darüber, also auch über die Frage, wie schnell man diese Aussagen vielleicht doch noch mal anders bewerten müsste?

Zeuge Dr. S. R.: Es gab ein Gespräch des Zeugen M. S. mit einer Referentin im Auswärtigen Amt, wo man zu dem Ergebnis kam, dass wir hier in Berlin eine ähnliche oder die gleiche Lageeinschätzung haben. Wir selber haben uns aber ja dann genau Gedanken gemacht um diese Kippunkte und haben sie dann im Laufe der Woche am 10. August zusammengestellt, auch weiterentwickelt und dann auch kommuniziert.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Jetzt haben Sie ja selbst geschrieben, dass der BND-Mitarbeiter vor Ort schon im Juli gegenüber der Botschaft die Notwendigkeit einer zeitnahen Evakuierung von Ortskräften transportiert hat. Wie war denn die Reaktion der Botschaft damals darauf? Und gab es da vielleicht dann eine gedankliche Weiterentwicklung?

Zeuge Dr. S. R.: Das weiß ich nicht. Ich habe in Erinnerung, dass im Juni die Diskussion war, dass, wenn man jetzt eine breite Evakuierung einleitet, das einen Effekt haben könnte, es eine Self-fulfilling Prophecy geben könnte und dann erst recht den Zusammenbruch der Republik beschleunigt. Aber wir waren ja seit März schon der Meinung, dass spätestens mit dem Abzug der Bundeswehr alle Ortskräfte grundsätzlich gefährdet sind - in gewissen Abstufungen, aber grundsätzlich alle - und daher die Evakuierung geboten ist.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Jetzt komme ich aber gleich noch mal auf den von Ihnen jetzt schon mehrfach genannten Kippunkt, nämlich die Schließung der Green Zone. Und das waren ja US-Handlungen, völlig unbeeinflussbar von uns. Und damit würde ich schon gerne wissen von Ihnen, ob das aus Ihrer Sicht auch ein ganz zentraler Auslöser war, quasi wie so ein erster Dominostein, der dann den Rest auslöst, und damit natürlich auch für Sie die Lage völlig anders zur Bewertung aufstellt.

Zeuge Dr. S. R.: Ja, nach unserer derzeitigen Bewertung, auch meiner Bewertung, war das der entscheidende Faktor: die Räumung der Green Zone durch die amerikanischen Sicherheitskräfte und auch der Abbau der Sicherheitstechnik.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Und wer hat die Bewertungen innerhalb des BND oder des Auswärtigen Amtes vorgenommen für die Handlungen der USA und die Frage, wann die USA welche nächsten Schritte gehen würden, die ja dann doch immer wieder ganz anders waren, als zunächst gedacht? Wer war dafür zuständig? Wer hat dafür Bewertungen rausgegeben?



Nichtöffentlich

Zeuge Dr. S. R.: Es gibt einen Auswertebereich, der sich damit befasst. Das sind nicht wir, das sind Kolleginnen und Kollegen, deren Lagebild sich hauptsächlich aus Gesprächen, aber eben auch vor allen Dingen aus offenen Quellen speist; mit denen standen wir auch am Freitagmorgen in einer Besprechung in Verbindung. Das ist der zuständige Bereich gewesen.

Mechthilde Wittmann (CDU/CSU): Ganz kurz, wirklich ganz kurz, Sie haben gesagt: von Kolleginnen und Kollegen. - Ich will nur wissen, von Kolleginnen und Kollegen beim BND oder im Auswärtigen Amt?

Zeuge Dr. S. R.: Ich beziehe mich auf den BND, ja.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank, Frau Kollegin Wittmann. - Dann wechselt das Frage-recht zu Bündnis 90/Die Grünen. Frau Kollegin Nanni.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Herr Vorsitzender. - Ich würde noch mal weiter-machen bei den Kippunkten und insbesondere jetzt beginnen mit der Green Zone; da haben Sie ja auch schon einiges zu erzählt. Ihre Einschät-zung deckt sich auch mit der des Kollegen O. W. an der Stelle.

Mich würde interessieren, weil die Green Zone ist ja nicht nur relevant gewesen für die Lage ins-gesamt in Afghanistan, sondern insbesondere auch für die Lage der vor Ort noch ansässigen Beschäftigten des Auswärtigen Amtes und des BNDs: Gab es denn vorab aus Ihrem Bereich oder aus anderen Bereichen des Hauses Hinweise da-rauf, was Konditionen sein könnten, unter denen die USA abziehen, also dass bestimmte Parame-ter die USA dazu veranlassen, abzuziehen oder eben auch nicht?

Zeuge Dr. S. R.: Grundsätzlich war ja klar, dass die Amerikaner abziehen werden. Das war von Biden am 14. April 2021 verkündet worden: Wir ziehen ab, spätestens zum 11. September. - Noch am 13. August war die Rede möglicherweise auch zum 31.08. Das war der Zeithorizont. Und die Einschätzung auch in Diskussionen mit den

Kollegen, die eben auch für die Einschätzung des Handelns der westlichen Partner zuständig wa-ren, war, dass die Amerikaner eben auch nicht vorzeitig gehen werden, weil das die afghani-schen Verbündeten überraschen und frustrieren würde und das dann eben zu einem zweiten Sai-gon, zu einer unkontrollierten, unkoordinierten quasi Flucht führen würde. Das war die Einschät-zung hier. Die Einschätzung war eher, genau das ist möglich, ja, aber es ist unwahrscheinlich.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Bedeutung der Green Zone sieht man auch daran, dass am 20. August noch im Auftrag des Präsi-dialleitungsstabs A eine zeitliche „Verlegung US-Truppen zum Flughafen/Flucht Präsident Ghani - AFG“ erstellt werden soll. Also, man versucht schon sehr schnell, zu rekonstruieren: Wer wusste eigentlich wann wie was? In der Zuliefe-rung von O. W., in der Sie in Kopie sind - das ist MAT A BND-3.206 VS-NfD, Blatt 183 - heißt es mit Blick auf den 15. August - also am 20. August wird geschrieben über den 15. August -:

ca. 09 Uhr (MESZ) ... teilt LBA telefonisch mit, dass weder die Green Zone noch die Flughafen-straße von US-Kräften militärisch gesichert, Sicherheitssensorik an der Green Zone abgebaut ist.

Im weiteren Verlauf gibt es dann noch Nachfra-gen der Abteilungsleitung. Und es wird hier und da auch noch ergänzt, sozusagen in dieser Rekon-struktion. Unter anderem liefert eben Ihr Kollege T. C., Leiter des Referats LBZ, wenn wir es in den Akten richtig gelesen haben, hier an PLSA Fol-gendes nach - das ist MAT A BND-3.206 VS-NfD, Blatt 172 -:

Konkrete Information über die Verlegung des US-Botschafts-personal liegen LA(S) und LBH nicht vor. Ledig die Residentur

- geschwärzt -

informierte am 13.08.2021 darüber, dass der US Botschaft Compound komplett an milHKIA verlegt wird



Nichtöffentlich

- also an den Flughafen -

und

- geschwärzt-

seinen Compound geräumt hat.

Habe ich es richtig verstanden, dass es schon am 13. August ein Meldeaufkommen gab, dass genau das passiert, also die US-Botschaft komplett an den Flughafen verlegt und die Green Zone sozusagen nicht mehr mit Amerikanern bestückt ist, und, falls ja, was ist mit der Information dann passiert?

Zeuge Dr. S. R.: Also, ein Punkt ist die komplette Verlegung der Botschaft, ein anderer Punkt ist die Aufgabe der Green Zone. Und da war nach unseren Informationen am 13. August, nach meiner Erinnerung, noch nicht klar, dass die Green Zone quasi aufgegeben wird. Ich erinnere mich auch an ein Dokument über ein Briefing, das am Samstagabend in der Botschaft stattfand, an dem Mitarbeiter von unserer Residentur vor Ort teilnahmen. Wir erhielten dieses Dokument dann erst am Montag, aber wo es hieß: Die Sicherung der Green Zone kann nur noch bis zum 18. oder 19. August aufrechterhalten werden. - Also, der entscheidende Punkt, die Räumung der Green Zone, stand an dem Freitagabend keineswegs fest und offenbar auch noch nicht an dem Samstagabend.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie würden Sie denn den inhaltlichen Zusammenhang zwischen Verlegung der Botschaft und einer potenziellen Räumung der Green Zone betrachten?

Zeuge Dr. S. R.: Das ist kein zwingender Zusammenhang. Bei der Verlegung der Botschaft ging es um einen Großteil des Botschaftspersonals, ziviles Botschaftspersonal, an den Flughafen. Und die Räumung der Green Zone bedeutet eben den vollständigen Abzug amerikanischer bewaffneter Kräfte aus der Sicherung der Green Zone.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das verstehe ich nicht so ganz. Also, die Aufrechterhaltung der Green Zone ging ja einher mit der Funktion der Force Protection für die amerikanischen Botschaftsmitarbeitenden sozusagen; das ist ja klar. Und die Botschaft wird ja auch am Flughafen irgendwie gesichert sein müssen, und die haben ja nicht plötzlich ihr Personal verdropelt.

Also, für mich war sozusagen beim Lesen relativ klar: Wenn jetzt das Botschaftspersonal sich bewegt, dann wird es auch den Teil der Force Protection mitnehmen, die eben zur Aufrechterhaltung der Green Zone beitragen. Aber wenn Sie es besser wissen, dann erläutern Sie mir das noch mal im Detail. Das war jetzt für mich intuitiv so.

Zeuge Dr. S. R.: Das ist nicht zwingend ein Widerspruch. Man kann Botschaftspersonal an den HAKIA verlegen, aber trotzdem eben weiterhin die Green Zone sichern. Der HAKIA war ja der Flughafen Kabuls. Der militärische Teil war ja ohnehin auch von den Amerikanern militärisch gesichert; da waren ja Kräfte. Außerdem gab es Kräfte, die die Green Zone sicherten, wo sich ja zu dem Zeitpunkt noch ein großer Teil der Botschaften, auch von Angehörigen, von Nichtregierungsorganisationen, auch Deutsche befanden, auch Ortskräfte. Und das sind Dinge, die vielleicht indirekt und auch im Nachgang miteinander verbunden erscheinen, aber nicht zwingend miteinander verbunden waren. Das heißt, eine Evakuierung der amerikanischen Botschaft zum Flughafen bedeutete nicht zwingend die Aufgabe der Green Zone. Das war ja gerade das, was - -

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe leider immer nicht so viel Zeit, deswegen verzeihen Sie mir, wenn ich Sie kurz unterbreche.

Uns liegt auch ein Mailaustausch vom 20. August vor, der darauf hindeutet, dass Sie sich selber E-Mails geschickt haben, das ist MAT A BND-3.203 VS-NfD, Blatt 20. Und da sagen Sie:

Herr K. deutete bei unserem Gespräch bei ihm vorgestern an



Nichtöffentlich

(wenn ich ihn richtig verstanden habe), dass AA oder Deu Bo Kabul

- deutsche Botschaft Kabul -

schon am 14.08. erfahren habe, dass die USA die Green Zone räumen,

Und später heißt es:

Habe Dr. Ader darüber informiert. Wir halten es im kleinen Kreis (er, H ... und ich).

Und weiter:

... im kl Kreis, um uns nicht dem Vorwurf auszusetzen, wir wollten AA anschießen.

Vermutlich wird es irgendwann durch Dokumente herauskommen.

Jetzt haben wir die Dokumente ja vor uns liegen, und es ist sozusagen rausgekommen. Was wäre denn das Anschießen des AA gewesen? Das müssen Sie einmal kurz erklären.

Zeuge Dr. S. R.: Dass es einen entscheidenden Hinweis gab darauf, dass die Green Zone geräumt wird, also ein zentraler Kipppunkt eingetreten ist, und wir darüber nicht informiert worden sind am Samstag als Bundesnachrichtendienst.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Sie hätten sich gewünscht, von der Botschaft informiert zu werden.

Zeuge Dr. S. R.: Zum Beispiel, ja.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wäre sozusagen das übliche Verfahren gewesen.

Zeuge Dr. S. R.: Zumindest unsere Kräfte auch vor Ort. Aber wir haben einen Vermerk unserer Vertretung in Kabul von Samstagabend - verfasst wurde er, glaube ich, am ganz frühen Sonntagmorgen -, den wir aber erst dann am Montag erhalten haben, über ein Briefing durch den Gesandten der deutschen Botschaft Kabul an das Botschaftspersonal, auch einen Vertreter unserer Residentur, wo es eben heißt: Die Amerikaner

haben die Botschaft verlegt. Die Green Zone soll noch bis zum 18. oder 19. August gesichert werden, nur noch bis zum 19. August.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Erst mal danke dafür. - Ich würde jetzt noch mal springen zu sozusagen Leftovers der vorherigen Befragung. Und da geht es noch mal um den Leitungsvorbehalt: Sie haben gesagt, dass es zeitlich keine nennenswerte Veränderung gab bei der Frage: „Wie lange dauert es, bis eine Information ein anderes Haus erreicht?“ Ich habe vergessen, zu fragen, ob es inhaltliche Anpassungen gab.

Zeuge Dr. S. R.: Nein, ich kann mich zumindest nicht daran erinnern. Es gab Rückfragen -

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wollte ich - -

Zeuge Dr. S. R.: - und Diskussionen verschiedentlich; aber ich kann mich nicht erinnern, dass etwas geändert worden ist. Ich will es nicht ganz ausschließen; aber ich kann mich nicht erinnern. Nein, ich glaube es auch nicht.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann habe ich noch eine Frage zu Ihren Vorgesetzten. Ich stelle mir das so vor, dass insbesondere - das schildern Sie ja auch teilweise - die öffentliche Aufmerksamkeit sehr hoch war in dieser heißen Phase, sozusagen noch vor dem Fall von Kabul. Ich stelle mir das jetzt so vor, wenn ich Amtsleitung bin oder Vorgesetzte bin, dass ich dann spätestens bei so einer Nachrichtenlage extern auch eine andere Führung sozusagen habe. Haben Sie eine andere Führung erlebt als jemand, der ja auch noch Vorgesetzte hat? Also gab es zum Beispiel den Wunsch, häufiger, schneller auf anderen Kanälen informiert zu werden oder über bestimmte Sachverhalte noch mal explizit aufgeklärt zu werden?

Zeuge Dr. S. R.: Es gab Nachfragen und Informationsbitten, die haben wir erfüllt, und uns ist auch signalisiert worden: Das läuft gut. Es gab dann - -

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Frage ist, ob sich sozusagen die Frequenz und die



Nichtöffentlich

Intensität verändert haben, und, wenn ja, bis hin zu welcher Leitungsebene haben Sie da eine Veränderung im Interesse gemerkt?

Zeuge Dr. S. R.: Es gab in der Folgeweche - ich weiß jetzt nicht mehr, an welchem Tag das war - jede Menge Anfragen in sehr kurzer Frequenz seitens unserer Leitung.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also nachdem Kabul gefallen war.

Zeuge Dr. S. R.: Nachdem Kabul gefallen war.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und in der Woche, bevor Kabul gefallen war?

Zeuge Dr. S. R.: Haben wir ja regelmäßig informiert. Ja, das war intensiver als sonst; mag schon sein. Ja, man kann sagen, es war intensiver als sonst; aber das ist auch nichts Außergewöhnliches, dass wir in bestimmten Situationen in engerer Taktung informieren.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Danke.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann wechselt das Fragerecht zur AfD.

Gerold Otten (AfD): Ja, danke. - Dr. S. R., uns liegt eine E-Mail eines unkenntlich gemachten Verfassers vom 17. August 2021 an den damaligen Kanzleramtsminister, Staatsminister Hoppenstedt, vor; das ist MAT A BKAm-3.37 VS-NfD, Blatt 275. Ich zitiere kurz daraus:

Lieber Hendrik,

Für den Evakuierungseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan plant die Bundesregierung ein Parlamentsmandat. ... Die Bundesregierung geht von einem Operationsfenster bis zum 31. August aus. Die beteiligten und engagierten Offiziere sagen klar und deutlich, dass dieses Sondermandat allerhöchstens bis zu diesem Zeitpunkt aufrechtzuerhalten sei. Sie raten dringendst davon ab, ein

Mandat zu erlassen, das nicht mit den Taliban abgesprochen ist!

Dazu einmal die Frage: Was können Sie uns zu Absprachen mit den Taliban generell um das Bundestagsmandat und die Evakuierungsmission sagen? Hat es da Gespräche gegeben? In welcher Form haben die stattgefunden?

Zeuge Dr. S. R.: Dazu habe ich keine Kenntnis.

Gerold Otten (AfD): Keine Kenntnis. Okay. Interessant. - Dann bleiben wir dabei. Einige Tage später ist in einer E-Mail des Geschäftsträgers der deutschen Botschaft in Kabul vom 21. August die Rede von „kostenträchtigen Deals“, die die Bundesregierung in den Tagen der Evakuierungsmission mit den Taliban einging, um diese zu einem Durchlass ihrer Wunschpersonen durch die Checkpoints der Taliban hindurch zum Kabuler Flughafen zu bewegen.

In dem Zusammenhang ist auch von „Busoperationen“ die Rede - MAT A AA-8.142 VS-NfD, Blatt 85 - oder auch von einem „Taliban-Express“ - MAT A BMVg-4.880 VS-NfD, Blatt 467 - die Rede.

Können Sie hierzu etwas sagen, zu diesen Maßnahmen, diesen Busaktionen? Und es wird auch davon gesprochen, dass die Taliban relativ geschäftstüchtig sind. Haben Sie darüber Kenntnisse, wie diese Operationen abgelaufen sind?

Zeuge Dr. S. R.: Das würde ich mir gerne mal anschauen das Dokument, Herr Abgeordneter.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)

Zu dem Punkt eben, wenn ich ergänzen darf: Also, ich weiß, dass es Kommunikation gegeben hat mit den Taliban, auch während das Mandat noch lief, also vor dem 31. August. Da ging es aber meiner Erinnerung nach nicht um das Mandat an sich, den technischen Vorgang des Mandats, wenn das -

Gerold Otten (AfD): Die Frage ging -



Nichtöffentlich

Zeuge Dr. S. R.: - die Beantwortung Ihrer Frage ist.

Gerold Otten (AfD): - mehr in die Richtung, dass dieses Mandat oder die Maßnahmen, die dieses Mandat beinhaltet, dort mit den Taliban abgesprochen werden sollen. Das war ja die Evakuierungsoperation letztendlich.

Zeuge Dr. S. R.: Also genau dazu habe ich keine Kenntnisse. So, ich schaue mir das hier gerade mal an.

(Der Zeuge liest in den ihm vorgelegten Unterlagen)

Also mir sagt das nichts. Ich kannte auch diese Mails nicht. Aber es fügt sich ein in das Bild, dass die Taliban die Evakuierungsoperation letztendlich geduldet haben und zugelassen haben, dass deutsche und auch Ortskräfte an den Flughafen kamen. Und das ist mir grundsätzlich bekannt.

Gerold Otten (AfD): Zu diesem ganzen Vorgang sind ja auch schon Presseartikel auch am 17. schon kurz vor Beginn der Operation veröffentlicht worden, wo davon gesprochen wurde, dass den Taliban entsprechend Geld dafür gezahlt werden würde. Darüber ist Ihnen nichts bekannt, dass es da irgendwelche direkten Kontakte gab, was eigentlich ja üblich ist in dem Bereich, dass da auch Mittel fließen, um Dinge gangbar zu machen?

Zeuge Dr. S. R.: Dazu ist mir nichts bekannt, ja, ist mir nichts bekannt. Die Frage ist ja, was „Mittel fließen“ bedeutet. Aber ich kann es einfach - - Mir liegen keine Kenntnisse dazu vor.

Gerold Otten (AfD): Okay. - Dann möchte ich noch mal in einen anderen Bereich gehen. Es hat bei Ihnen ja eine sogenannte interne Revision gegeben beim BND - so praktisch Lesson Learned, nehme ich mal an, in der Form - dieser ganzen Aktivitäten, die dazu geführt haben bzw. die durchgeführt worden sind in dem Zeitraum. Hatten Sie den Eindruck, dass sich - - Ich nehme an, dass Sie auch daran beteiligt waren. - Das wäre die erste Frage.

Zeuge Dr. S. R.: Das kann ich beantworten: Ja, in bestimmter Weise war ich beteiligt.

Gerold Otten (AfD): Hatten Sie den Eindruck, dass diese interne Revision ergebnisoffen und sachorientiert durchgeführt worden ist, oder gab es da gewisse Rahmenbedingungen, die im Vorfeld, sagen wir mal, das Ergebnis in eine gewisse Richtung präjudiziert hätten?

Zeuge Dr. S. R.: Herr Vorsitzender, dazu möchte ich mich mit meinem Rechtsbeistand beraten.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann tun Sie das. Wir unterbrechen die Sitzung.

Zeuge Dr. S. R.: Danke schön

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sie sind sprechfähig?

Zeuge Dr. S. R.: Jawohl.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Gern. Bitte schön.

Zeuge Dr. S. R.: Also, es gab ein solches Verfahren zur Erstellung eines Berichts. Es gab einen Bericht der internen Revision, allerdings außerhalb des Untersuchungszeitraums, und auch eine Stellungnahme dazu. Beides liegt Ihnen, soweit ich weiß, vor. Wir, mein Bereich und ich, fühlten uns durch den Bericht nicht gerecht behandelt, und deshalb haben wir dazu Stellung genommen.

Gerold Otten (AfD): In welcher Form ist diese Stellungnahme geführt worden, oder können Sie inhaltlich etwas zu Ihrer Stellungnahme sagen?

Zeuge Dr. S. R.: Inhaltlich kann ich das hier nicht, weil das eingestuft ist.

(ORR Michael Steppan (BKAm) meldet sich zu Wort)



Nichtöffentlich

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Die Bundesregierung wünscht das Wort. Bitte schön.

ORR Michael Steppan (BKAm): Danke schön. - Ja, richtig, der Zeuge hat gerade richtig angesetzt. Sowohl der Bericht als auch die Stellungnahme dazu, die Ihnen vorliegen, sind Geheim eingestuft. Deswegen kann inhaltlich nicht hierdrauf eingegangen werden.

Gerold Otten (AfD): Gut, dann können wir sicherlich nachher noch mal darauf zurückkommen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wobei ich darauf hinweisen möchte, dass zwar die Erstellung des Berichts außerhalb des Untersuchungszeitraums liegt, aber nicht das, worüber der berichtet hat - was uns ja dazu veranlasst hat, die Bundesregierung dazu aufzufordern, uns den zur Verfügung zu stellen, was ja auch erfolgt ist. Insofern ist das Kapitel schon behandelt. - Fahren Sie fort.

Gerold Otten (AfD): Noch mal die Nachfrage jetzt - ich gehe mal nicht auf das Inhaltliche ein -: Aber hat es da eine direkte Beeinflussung auf Sie gegeben? Sie haben ja gesagt, Sie haben jetzt selbst eine Stellungnahme abgegeben. Aber ist da, von welcher Seite auch immer, direkt auf Sie Einfluss genommen worden in Ihrer Berichter- - in Ihrer Stellungnahme?

Zeuge Dr. S. R.: Nein, also, ich habe die Stellungnahme mit meinen Leuten - - Jedenfalls jeder aus meinem Bereich hatte die Möglichkeit, mitzuwirken. Ich habe die gezeichnet. Ich habe mich dazu mit meinem damaligen Abteilungsleiter besprochen. Aber ich habe ihm klar gesagt: Ich unterschreibe den Bericht. Wir können gerne darüber reden, aber mir ist wichtig, da steht drin, was ich unterschreiben kann. - Und das hat der auch so abgezeichnet. Und so ging es dann an die Leitung.

Gerold Otten (AfD): Okay. Gut.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Jetzt endet das Fragerecht. - Und wir wechseln zur FDP-Fraktion. Die Frau Kollegin Dr. Jurisch. Bitte schön.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich habe noch ein paar Rückfragen. Mich würde interessieren: Inwieweit sind Sie in Ihrem Referat dazu gekommen, über tägliche oder wöchentliche Berichterstattung an verschiedene Empfänger hinausgehend umfassendere Szenarien, Analysen zu erstellen?

Zeuge Dr. S. R.: Ich hatte aus meinen Vorverwendungen gute Erfahrungen damit, auch schon vor geraumer Zeit, wobei das Wissen um die Methodik nicht besonders verbreitet war. Deshalb hatten sich vor langer Zeit schon Mitarbeiter von mir bemüht um Methodenwissen, und das hat auch gut funktioniert. Und aufgrund dieser Erfahrungen habe ich, nachdem ich diesen Bereich übernommen hatte, das sofort ins Spiel gebracht, dass ich das gerne hätte. Dann kam die Pandemie, und da wurden von der Leitung Szenarien oder Analysen zu den Auswirkungen der Pandemie gewünscht, auf die einzelnen Länder, die der Bundesnachrichtendienst bearbeitet. Diesen Wunsch habe ich genutzt, um die Szenarientechnik bei uns anzuordnen.

Und das haben wir dann auch getan, zu den Auswirkungen der Pan-Szenarien, aber auch wirklich mit der Szenarientechnik. Ich sagte damals oder schrieb: Es gibt verschiedene Techniken. Mir ist egal, welche wir anwenden. Das ist to be discussed. Hauptsache, wir wenden Szenarientechnik an und kommen eben - - wenden - - machen verschiedene Szenarien deutlich. Und nachdem wir das gemacht hatten, auch nachdem das Auswärtige Amt in einem unserer Jours fixes, unserer Besprechung gesagt hat: „Wir hätten gerne, dass man mal darstellt: Wie könnte es weitergehen, auch durchaus mit Szenarien?“, haben wir das dann umgesetzt, auch für Afghanistan.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Und wie regelmäßig konnten Sie diese Szenarien überprüfen oder daran arbeiten? Das ist ja ein Prozess, nehme ich an.

Zeuge Dr. S. R.: Wir hatten mit dem Erarbeiten meines Erachtens im Sommer 2020 begonnen. Also, diese Covid-Szenarien, das war schon im Mai 2020, wenn ich mich richtig erinnere, und danach dann die Szenarien für Afghanistan. Wir



Nichtöffentlich

hatten dazu auch Diskussionen, auch mit Partnern, auch intern, und das hat halt seine Zeit gebraucht. Wir waren dann schließlich Ende November fertig, haben es dann vorgestellt für die sogenannte Nachrichtendienstliche Lage und dann auch noch mal in ausführlicher Form als Analyse.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Und 2021, wie ging es dann weiter? Wann war jetzt da sozusagen das Update gekommen?

Zeuge Dr. S. R.: Auch da war ein Update geplant. Ich wollte das bis zum Sommer haben. Dann zog es sich etwas hin, und es wurde mir dann am 12. August zum Entwurf vorgelegt, aber dann schon wieder am 13. August zurückgezogen, weil die Lage darüber - zumindest nach dem damaligen Empfinden - hinweggezogen war.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Sind Ihnen die Szenarien, die die GIZ, RMO, verwendet hat, bekannt? Kennen Sie die zufällig?

Zeuge Dr. S. R.: Die sind mir nicht bekannt, nein.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Okay. Also, da gab es keine engere Zusammenarbeit, dass man sich da ausgetauscht hätte oder so.

Zeuge Dr. S. R.: Nein. Nein, nicht. Nein.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Okay. - Die nächste Frage bezieht sich darauf - Sie hatten das vorher auch schon mal angedeutet -: Können Sie vielleicht so ein, zwei Beispiele aus dem Untersuchungszeitraum nennen, wo Ihnen erinnerlich war, dass es unterschiedliche Lageeinschätzungen zwischen den Ressorts der Bundesregierung gegeben hat, wo Sie das jetzt noch erinnern, weil Sie das sozusagen als signifikant wahrgenommen haben?

Zeuge Dr. S. R.: Ja. - Zu Ihrer Frage eben möchte ich noch mal konkretisieren: Also, mir ist nichts bekannt darüber, dass sich die GIZ da irgendwie mit uns ausgetauscht hat. Ja, mir ist darüber nichts bekannt. - Zu Ihrer Frage - - Die letzte Frage, könnten Sie die bitte noch mal wiederholen?

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ja, klar, selbstverständlich. Die Frage ist, ob Sie, bezogen auf den Untersuchungszeitraum, vielleicht ein oder zwei für Sie signifikante Lagen in Erinnerung haben, wo Sie wahrgenommen haben, dass die Lageeinschätzung zwischen den Ressorts sehr unterschiedlich oder signifikant unterschiedlich war.

Zeuge Dr. S. R.: Ja, da gab es beispielsweise im März 2021 - frühere Fälle hatte ich schon erwähnt - - aber im März 2021 hatten wir eine Diskussion mit dem Kommandeur des deutschen Kontingents in Nordafghanistan, der unsere Berichterstattung kritisierte. Und wir haben dann mit ihm das Gespräch gesucht, eine Videokonferenz abgehalten, wo diese Meinungsunterschiede nicht mehr so deutlich waren wie vorher in schriftlichen Vermerken, von denen wir gehört hatten, die wir auch gesehen hatten, aber dennoch hinreichend deutlich waren. Und wir haben uns darüber ausgetauscht.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Und da konnten Sie sozusagen auf der - in Anführungszeichen - „Arbeitsebene“ irgendwie auflösen - - Was hatten Sie denn für eine Vorstellung, wo solche Widersprüchlichkeiten oder unterschiedlichen Lageeinschätzungen ansonsten sich auflösen würden innerhalb der Ressorts? Hatten Sie da eine Vorstellung? Haben Sie eine Vorstellung davon?

Zeuge Dr. S. R.: Gut, wir berichten unser Lagebild und lassen uns davon auch nicht beeinflussen. Wenn andere eine andere Meinung haben, phasen wir das ein und machen uns Gedanken drüber, ob wir nicht am Ende falsch liegen. Aber letztendlich war das hier so, dass wir unsere Meinung nicht geändert haben und das auch deutlich gemacht haben. Das ist auch kein Problem, wenn unterschiedliche Meinungen bestehen. Das habe ich auch der Leitung so berichtet. Aber wir sagen trotzdem unsere Meinung dazu und begründen auch, wie wir dazu kommen.

Ich erinnere mich an diese Videokonferenz, wo gerade der Zeuge O. W. sehr deutlich gesagt hat, er kann nicht verstehen, wie man in Nordafgha-



Nichtöffentlich

nistan von einem Patt zwischen Taliban und afghanischen Sicherheitskräften reden kann: Wir sehen die Taliban auf dem Vormarsch.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Sie haben vorher mal gesagt, dass der BND recht frühzeitig auch die Gefährdung der Ortskräfte gesehen habe. Was haben Sie mit dieser Einschätzung gemacht und welche - - Haben Sie auch Handlungsempfehlungen abgegeben und wem gegenüber?

Zeuge Dr. S. R.: Handlungsempfehlungen haben wir nicht abgegeben. Das ist eben generell nicht die Funktion des Bundesnachrichtendienstes. Eine Lehre, die wir in meinem Bereich gezogen haben, ist, dass es möglicherweise sinnvoll wäre, wenn wir stärker unsere Lageeinschätzung zu Handlungsempfehlungen quasi operationalisieren. Das wäre aber eben politikberatende Rolle; die steht so nicht im BND-Gesetz als Aufgabe des BNDs. Das wäre eine politische Frage.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Und wann haben Sie das gesehen, und wem haben Sie das dann mitgeteilt, als Sie gesehen haben, dass die Ortskräfte gefährdet sein könnten?

Zeuge Dr. S. R.: Das haben wir spätestens im März so - auch schon vorher - kommuniziert, im März dann -

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Wem?

Zeuge Dr. S. R.: - auf eine Anfrage des Bundesverteidigungsministers an alle betroffenen Ressorts.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Hm. - Dann noch eine letzte Frage: Sie haben vorher gesagt mit Bezug auf einen Abzug, dass das ja auch als Selffulfilling Prophecy gesehen werden könnte und dass man deswegen da auch so zurückhaltend war - - oder auch diesen Abzug von Ortskräften, also, dass man die Leute rausholt. Haben Sie das auch bei anderen Ländern so wahrgenommen, also, bei den anderen internationalen Kräften, die im Land waren? Wurde das dort auch gesehen, diese Selffulfilling Prophecy, und haben die anderen auch so gehandelt? - Also, das geht

jetzt nur um Ihre Betrachtung, nicht, was die Ihnen gesagt haben, sondern wie Sie das wahrgenommen haben.

Zeuge Dr. S. R.: Das ist mir nicht Erinnerlich, dass ich eine solche - - dass ich das so wahrgenommen habe.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Haben Sie es wahrgenommen, dass Deutschland da eine Sonderstellung oder eine Sonderwahrnehmung für sich entwickelt hat, was dieses, ja, Selffulfilling Prophecy-Element darstellt?

Zeuge Dr. S. R.: Nein, auch nicht. Es war auch kein von vornherein falscher Gedanke; das muss man auch sehen. Ich erinnere mich an Diskussionen, die wir bei uns intern führten, dass es letztendlich eine Frage ist, wie man eine Ortskräfteevakuierung durchführt, und man eben aufpassen muss, wenn man kommuniziert und Maßnahmen einleitet, wie man sie einleitet. Aber, wie gesagt, dass Deutschland da eine Sonderstellung hat, das ist mir so nicht Erinnerlich. Ja.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Letzte Frage: Wo kam denn der Gedanke her mit der Selffulfilling Prophecy?

Zeuge Dr. S. R.: Ich weiß es nicht genau. Ich glaube, das kam aus dem Ressortkreis, aber ich - -

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Sie hatten da keine Beteiligung an den - - des Gedankens?

Zeuge Dr. S. R.: Nein, wir waren daran nicht beteiligt.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Okay. Gut. Das wäre es in dem Format. - Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Danke schön. - Dann wechselt das Fragerecht zu Frau Kollegin Büniger.

Clara Büniger (DIE LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich würde eine Nachfrage stellen zu einem Komplex, den Frau Nanni Sie vorhin gefragt hat. Da ging es einmal um die Kippunkte und um die Frage, ob quasi in den Wochen um



Nichtöffentlich

den 13. August das Frageaufkommen sich erhöht hat. Also, da hatte sie gefragt, ob Sie regelmäßiger oder intensiver informiert haben. Ich würde da noch mal einhaken und Sie noch mal konkret fragen: Haben Sie von sich aus mehr informiert, weil Sie sagten: „Es gab da ein erhöhtes Informationsaufkommen“, oder hat es Anfragen von höherer oder politischer Ebene gegeben? Könnten Sie das vielleicht noch mal ein bisschen aufschlüsseln?

(Der Zeuge wendet sich
an Abg. Dr. Ann-Veruschka
Jurisch (FDP))

Zeuge Dr. S. R.: Zunächst noch mal zu Ihrer Frage, Frau Abgeordnete: Also, meiner Erinnerung nach kam es aus dem BMI, aber, ich glaube, auch aus dem Auswärtigen Amt. Aber ich bin mir nicht mehr sicher. So zur Präzisierung.

(Der Zeuge wendet sich
an Abg. Clara Büniger (DIE
LINKE))

Zu Ihrer Frage: sowohl als auch. Ich denke, wir haben in einer sehr engen Taktung berichtet; aber wir erhielten auch eine Anfrage, beispielsweise die schon zitierte Anfrage aus dem Bundeskanzleramt vom 11. August.

Clara Büniger (DIE LINKE): Haben Sie noch andere Anfragen bekommen? Und inwieweit wurde die Anfragendichte erhöht? Und von wem, von welchen Bereichen haben Sie noch Anfragen bekommen oder nur vom Bundeskanzleramt?

Zeuge Dr. S. R.: Das habe ich nicht mehr genau erinnernlich. Also, diese Anfrage vom Bundeskanzleramt ist mir noch in Erinnerung, die schon angesprochen worden ist, ansonsten unsere eigene Berichterstattung auch noch erinnernlich; aber genau, im Detail kann ich nicht mehr sagen, welche Anfragen kamen.

Clara Büniger (DIE LINKE): Und nach dem 11., kam da noch eine Anfrage vom Bundeskanzleramt?

Zeuge Dr. S. R.: Nein. Kann ich mich zumindest nicht dran erinnern.

Clara Büniger (DIE LINKE): Okay. - Dann wollte ich noch eine Sache zur Frage „Ortskräfte und Sicherheitsüberprüfung von Ortskräften“ fragen, weil Sie haben ja gesagt, Sie sind standardmäßig da auch mit involviert gewesen. Haben Sie auch Sicherheitsüberprüfungen von Ortskräften übernommen?

Zeuge Dr. S. R.: Nein, das haben wir nicht. - Bezieht sich jetzt Ihre Frage auf den Zeitraum nach dem 15. August?

Clara Büniger (DIE LINKE): Nee, vor.

Zeuge Dr. S. R.: Davor.

Clara Büniger (DIE LINKE): Sie können das auch gerne unterteilen.

Zeuge Dr. S. R.: Nein, vorher waren wir meines Erachtens nicht beteiligt. Generell, wenn wir Personenanfragen bekommen, beantworten wir die als Bundesnachrichtendienst, auch unter Beteiligung des Fachbereiches. Nach dem 15.08. waren wir meiner Erinnerung nach nur beteiligt, wenn es sich um Kräfte handelte, die in irgendeiner Weise mit dem BND zu tun gehabt hatten, zum Beispiel im Rahmen von Ausbildungsmaßnahmen.

Clara Büniger (DIE LINKE): Wissen Sie, wer vorher die Sicherheitsüberprüfungen gemacht hat?

Zeuge Dr. S. R.: Nein, darüber habe ich keine Kenntnis.

Clara Büniger (DIE LINKE): Wissen Sie, ob das das Bundesamt für Verfassungsschutz gemacht hat? Aber Sie haben keine Kenntnis darüber.

Zeuge Dr. S. R.: Möglich, ja, aber ich weiß es nicht. Ich weiß es nicht.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Okay. - Dann habe ich in dieser Runde keine Fragen mehr.

Zeuge Dr. S. R.: Danke.



Nichtöffentlich

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann krönen wir jetzt die Runde noch mal mit zwei Nachfragen der Frau Kollegin Nanni.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na, dem Anspruch muss ich jetzt natürlich auch gerecht werden mit der Krönung. - Wir haben ja schon intensiv über zwei Kipppunkte gesprochen, einmal die Provinzen rund um Kabul, die nacheinander fallen, und die Evakuierung und dann das Abbauen der Green Zone. Es gibt noch einen dritten Kipppunkt, den wir in den Unterlagen ganz interessant gefunden haben, und zwar die sogenannten Absetzbewegungen der Führung Afghanistans. Wir wissen über eine Mail von LBAE vom 13.08.21, die auch in Kopie an Sie ging - das ist MAT A BND-3.202 VS-NfD, Blatt 108 f. -:

Es gibt Hinweise, dass sich hochrangige AFG-Funktionäre, wie z.B. der 1. Vizepräsident Amrullah SALEH nach TJK absetzen.

Es wird gebeten, die Flugbewegungen aus AFG zu überwachen und zu verifizieren welche hochrangigen AFG-Funktionäre sich nach TJK absetzen.

Wenn Sie es einrichten können, wird gebeten dies anhand von Fotos festzuhalten.

Wie sind Sie damals mit dem Hinweis umgegangen? Und hat dieses Drohen der Verwirklichung eines Kipppunkts irgendetwas bei Ihnen ausgelöst?

Zeuge Dr. S. R.: Ich kann mich an diese Mail nicht mehr erinnern. Könnte ich die mir mal anschauen?

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, auf jeden Fall.

Zeuge Dr. S. R.: Danke.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sie sind wieder sprechfähig?

Zeuge Dr. S. R.: Ja, das bin ich.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Denn man tau!

Zeuge Dr. S. R.: Also, solche nachrichtendienstlichen Hinweise auf mögliche Absetzbewegungen sind ja genau auch ein Punkt gewesen, weshalb wir das als Kipppunkt formuliert haben. Und hier geht es darum, das zu verifizieren. Das heißt, es geht darum: Ist dieser Kipppunkt eingetreten? Gibt es Belege dafür? Oder ist es ein Hinweis, der sich so zurzeit noch nicht verifizieren lässt, aber uns wenigstens einen Hinweis darauf gibt: „Das könnte ein möglicher Kipppunkt sein“?

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ganz kurze Nach- - Also, da auch noch mal: Das heißt, wenn es diesen Hinweis gibt, dann ist das noch nicht für Sie - - dann brauchen Sie sozusagen erst mal eigene Recherchearbeit, die das auf irgendeine Art und Weise plausibilisiert, bevor Sie jetzt zum Beispiel Meldung geben würden: Hoppla, Kipppunkt Nummer 3 is about to happen.

Zeuge Dr. S. R.: Ohne jetzt im Detail auf Methoden des Bundesnachrichtendienstes einzugehen: Es ist grundsätzlich so, dass wir nicht - - niemals aufgrund einer einzelnen Information - fast nie - zu Bewertungen kommen, sondern versuchen, diese Information in irgendeiner Weise zu verifizieren oder zumindest glaubhafter zu machen durch eine zweite Information.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Dann: Wir sehen uns ja gleich.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Dann möchte ich Ihnen jetzt folgenden Beschluss vorschlagen: dass wir für die Weitervernehmung des Zeugen Dr. S. R. am heutigen Tage die Sitzung gemäß § 15 Absatz 1 des Parlamentarischen Untersuchungsausschussgesetzes in Verbindung mit der Geheimschutzordnung des Deutschen Bundestages mit dem Geheimhaltungsgrad Geheim versehen, weil die Kenntnis von der Beweisaufnahme durch Unbefugte die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährden



Nichtöffentlich

würde. Für eine spätere Herabstufung des Protokolls wird das Bundeskanzleramt gebeten, die Passagen des Protokolls blau zu markieren, die in seinem Verantwortungsbereich aus seiner Sicht geheim zu halten sind. Für das Protokoll im Übrigen trägt der Ausschuss die Verantwortung.

Wer für diesen Beschluss ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthält sich jemand? - Dann ist das so beschlossen.

Bevor wir die Vernehmung von Herrn Dr. R. in eingestufter Sitzung fortsetzen, bitte ich alle Personen, die nicht über einen VS-Ermächtigungsgrad Ü2 oder Ü3 verfügen, den Saal zu verlassen. Alle anderen bitte ich darum, Laptops, Tablets, Mobiltelefone, Smartwatches oder sonstige Geräte, die zur Anfertigung von Bild- und Tonaufnahmen geeignet sind, in die vor dem Saal angebrachten Schließfächer zu bringen.

Unabhängig davon unterbreche ich die Sitzung, sagen wir mal, bis um 20.25 Uhr.

(Schluss des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung, Nicht-
öffentlich: 20.08 Uhr -
Folgt Sitzungsteil
Zeugenvernehmung,
Geheim)